

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. September 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 106

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die „unschuldige“ Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, I. — Die deutschen Gewerkschaften, I. — Ein internationaler Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Gewerkschaftsrevue: Scharfmacherfragen. — Definitive Beendigung der Werftarbeiterbewegung. — Wichtige Vorgänge aus einzelnen Verbänden und Bezirken.

Korrespondenzen: Bonn. — Burg (M.-S.). — Darmstadt (M.-M.). — Glogau (M.-M.). — Hagen i. W. — Ludwigshafen a. Rh. — Pirmasens. — Schweidnitz.

Rundschau: Ferien! — Meisterprüfungen. — Beifühl für Graphik und Reklamekunst. — Rentabilität des graphischen Gewerbes. — Städtische Mittel für Ausstellungsbesuch der Arbeiter. — Arbeitslosenversicherung und Reichsregierung. — Arbeiter in öffentlichen Ämtern in England. — Ein „nationales Arbeitsstatut“. — Mahnungen bei der Verlegergesellschaft „Deutschland“. — Boykott und Schandenerfäß. — Breslauer Süßigt!

Die „unschuldige“ Verlagsgesellschaft

□ □ □ □ □ deutscher Konsumvereine □ □ □ □ □

I.

Die Buchdrucker, die Genossenschaftsbewegung und die Genossenschaftsdruckereien.

Der Aufschwung der Genossenschaftsbewegung datiert seit jener Kreuznacher Tagung, wo der Führer des allgemeinen Genossenschaftsverbandes, der allmächtige Dr. Crüger, das Tischbuch mit der „Hamburgerei“ zer schnitt. Den Manchestermännern um Crüger wären die ausgebrochenen Arbeiterkämpfe geworden, deren recht lässig geworden. Ganz zu Unrecht witterte man hinter diesen auch politische Tendenzen von der Art, die heute noch dem ehrlichen Spießer einen panischen Schrecken einjagen.

Die Arbeitergenossenschaftsbewegung war nun auf eigne Füße gestellt. Und wie Bismarck vor 46 Jahren im Norddeutschen Reichstag einmal gesagt hat: „Sehen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können!“, also zeigte es sich auch hier. Die neue genossenschaftliche Richtung setzte sich fest in den Sattel, und es begann ein forliches Reiten. Die Buchdrucker als praktisch veranlagte Menschen sahen diesem Vorwärtsdrängen keineswegs teilnahmslos zu, sondern machten das ihrer Gewerkschaftsarbeit so verwandte Genossenschaftswesen zu einer mit dem gleichen Interesse zu verfolgenden Aufgabe. Der „Korr.“ war auch hier ein freudiger Verkünder des Neuen, wie von dem Verbandsorgan, ohne unbescheiden zu sein, wohl gesagt werden kann, daß in keinem zweiten Gewerkschaftsorgan die Genossenschaftsbewegung eine solche systematische Pflege findet.

Es ist bekannt, daß unser Verband in seinen ersten Jahren schon für die Genossenschaftsidee stark inklinierte. Die realen Tatsachen erweisen jedoch eine Dämpfung dieser himmelstürmenden Pläne. Die 1873er Aussperrung hatte aber manches genossenschaftliche Druckereiuunternehmen entstehen lassen, von denen noch einige existieren. Den genossenschaftlichen Charakter am meisten hat wohl die Vereinsdruckerei in Hannover beibehalten. Die Verhältnisse in diesen Betrieben sind für unsre darin beschäftigten Kollegen in einem Maße befriedigend gewesen, daß von nennenswerten Differenzen in der langen Zeit nichts bekannt geworden ist. Auch in den Genossenschaftsdruckereien neueren Datums hat es im allgemeinen geklappt. Unre moderne Zeit hat allerdings einen neuen Typ von Geschäftsführern gebracht, dem es schwer wird, durch guten Takt Unstimmigkeiten zu vermeiden. Selbst zugegeben, daß das heutige Menschenmaterial und damit auch das Buchdrucker-element des Engelhaften entbehrt, so kann doch die

Tatsache als feststehend gelten, daß ein Personenwechsel auf dem Posten eines Druckereileiters oft schon Wunder gewirkt hat: es ging dann mit einem Mal. Im ganzen nahm aber auch hier alles seinen befriedigenden Lauf, und die alte Wahrheit, daß vom Profite der Schornstein raucht, erwies sich nicht minder zutreffend als bei Privatunternehmen. Die Buchdrucker gesellen sind ja keine Unmenschen! Wenn über die Stränge geschlagen wird, werden die rebellisch Gewordenen an die Kandare genommen, und es geht wieder alles seinen regelmäßigen Gang. Die berufenen Organe des Verbandes haben schon gezeigt, daß sie gegebenenfalls recht energisch zupacken können.

Herr Kaufmann und die Buchdrucker.

Dem mächtig emporgeblühten Zentralverbande deutscher Konsumvereine mit seinen verschiedenen Eigenproduktionsstätten ist in Hamburg auch ein Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine firmierendes Unternehmen angegliedert, das seit 1908 in erster Linie Papierwarenfabrikation als Eigenproduktion, in zweiter Buchdruck betreibt. Es ist ein ganz stattlicher Betrieb, wurden doch im Jahre 1912 ständig 436 Personen darin beschäftigt. Ein Gesamtumsatz von 2715396 Mk. und ein Reingehalt von 182328 Mk. zeugen von dem außerordentlichen Umfange dieses Genossenschaftsunternehmens. Die Druckereiabteilung mit einem Personale von 106 Köpfen zählt zu den verhältnismäßig wenigen Großbetrieben unres Gewerbes. Den Buchdruckern kann nichts erwünschter sein als ein Florieren auch dieses Zweigs der Hamburger Genossenschaftsrichtung. Auch die fortwährende Erweiterung dieses Betriebes wird von uns nur begrüßt. Andre Arbeiterdruckereien haben denselben raspe Entwicklung nicht immer mit freundlichen Blicken verfolgt. Wir haben bis jetzt solche Anwandlungen noch nicht gehabt. Als enragierte Genossenschaftler empfinden wir vor allem Begünstigung, daß auch eine Großdruckerei auf genossenschaftlicher Grundlage von der schöpferischen Kraft der deutschen Arbeit Zeugnis ablegen kann.

Diese Befriedigung hat seit dem vorigen Jahre jedoch Einbuße erlitten. Herr Kaufmann, der mit den Herren Dr. August Müller und Hugo Wäfflein den Vorstand der Verlagsgesellschaft bildet resp. deren Seele ist, zeigt nämlich Entwicklungstendenzen, die seinem Ansehen als anerkannt tüchtiger Organisator nur Abbruch tun können. Der Genossenschaftsführer, der Apostel der neuen Lehre, daß der deutsche Arbeiter über die Gewerkschaftsbewegung hinaus auch die Wirtschaftsorganisation praktisch zu betreiben und zu fördern vermag, dem Unternehmertume damit gleichsam ein Vorbild gebend, wie zweierlei Interessen doch eine dem Gemeinwohle dienliche Verbindung finden können, tritt mehr in den Hintergrund. Dafür tritt getadelt die Unternehmung in die Erscheinung, und zwar von der Gattung, die um so stärker ihre Larigemeinschaftsfreundlichkeit betont, je weniger es ihr gelingt, die immer deutlicher sich ausbildenden Scharfmacherallüren zu verbergen. Dieses wenig anziehende Bild bekommt einen noch übleren Zug, indem der vielgeschäftige Unternehmer von seinem konstitutionellen Wesen mehr und mehr verliert und sich immer unverhüllter als Autokrat gibt.

Es ist ja wahr, daß viele Menschen mit ihren höheren Zwecken wachsen. Eine verwunderliche

Travestie ist es aber doch, wenn just ein ehemaliger sozialdemokratischer Redakteur, der jedenfalls heute noch sich zu der parteigenösslichen Auffassung über die Annatur des Kapitalismus und dessen gewerkschaftsfeindlichen Charakter bekennt, einen solchen Entwicklungsgang nimmt.

Wir haben Herrn Kaufmann als den Spiritus rector bislang manches nachgesehen im Interesse der Genossenschaftsbewegung, die für uns zu hoch steht, als daß sie für die Handlungen einer gewiß einflußreichen Person in ihren Reihen verantwortlich gemacht werden könnte. Wenn jemand aber in dem vermeintlichen Glauben, den von ihm geleiteten Unternehmungen am besten mit möglichst scharfer Servorekehrung des Unternehmerstandpunktes zu dienen, fast nichts unterläßt, den genossenschaftlichen Gedanken zu mißkreditieren und ein Arbeiterunternehmen in immer heftigere Streifigkeiten mit Gewerk- und Genossenschaftlern sowie deren Organisation treibt, dann muß deutlicher geredet werden, um von der Sache selbst größeren Schaden abzuwenden. Indem wir das tun, nützen wir der Genossenschaftsbewegung vielleicht mehr als Herr Kaufmann in seiner komplexen Verwechslung der an sich einfach gelagerten Begriffe: Genossenschaftsführer und Unternehmer.

„Die Angriffe der Buchdrucker gegen die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.“

Unter dieser verheißungsvollen Überschrift brachte die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das Organ des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, in der Nummer vom 6. September einen recht ausgiebigen Artikel — „nur“ 8½ Seiten in Quart! Die Versammlung unsrer Hamburger Kollegen (Nr. 101) mit ihrer Abwehr gegen die Wiederaufrollung des beigelegten Konfliktes in der Verlagsgesellschaft durch die Hamburger Prinzipale und die Leiter des genannten Genossenschaftsunternehmens soll den unmittelbaren, unre beiden Artikel „Hamburgs Prinzipalität als Grohinqvisor“ (Nr. 88, 89) den weiteren Anlaß dazu gegeben haben. Letztere hauptsächlich dadurch, weil von ihnen Separatabzüge hergestellt worden sind, die die Hamburger Gauleitung in der ganz richtigen Erwägung verstande, daß den durchaus einseitigen Darstellungen der Verlagsgesellschaft über den bekannten Konflikt, wie sie die Genossenschaftsvorstände draußen im Reich in Gestalt von Rundschreiben und Broschüren erhielten, des andern Mannes Rede entgegengesetzt werden müsse. Auf diese beiden Artikel des „Korr.“ ist übrigens vor etwa drei Wochen eine Gegenschrift von der Verlagsgesellschaft ausgesandt worden, deren Tatsachen- und Scharfartum eine besondere Widerlegung unzulässig erscheinen ließ. Nun mag das in diesem Zusammenhange mit geschehen.

Die Verlagsgesellschaft will mit der lediglich durch ihre Rabulistik etwas imponierenden Attacke auf die Buchdrucker in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ beweisen, „in welcher Weise die öffentliche Meinung irreführt wird“. Ja, es wird sogar von einer „systematischen Irreführung der öffentlichen Meinung“ durch die Buchdrucker gesprochen, was eine der starken Behauptungen des Herrn Kaufmann mehr ist. Da wir zeigen werden, wo das systematische Irreführen in flatter Übung ist, halten wir uns mit dem Profektieren gegen solche Insinuationen nicht weiter auf.

Die verfolgte Kaufmannsche Anschuld glaubt durch kerniges Auftreten von vornherein alles breit-zuschlagen. Mit nicht gerade allfäglicher Dreistigkeit legt sie los:

Seidem im Sommer vorigen Jahrs, infolge einer geheimen Verabredung unter einer Anzahl von Gauleitern des Deutschen Buchdruckerverbandes, ein allgemeines Vorgehen gegen die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine inszeniert worden ist, ist keine Ruhe mehr eingetreten. Der Zentralvorstand des Deutschen Buchdruckerverbandes ist entweder zu schwach oder hat nicht den Willen, dem Anzuge zu feuern. Auch die Tarifs- und Organisationsinstanzen sind offenbar nicht in der Lage, Ruhe zu schaffen. Somit bleibt der Leitung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. nichts weiter übrig, als die Flucht in die Öffentlichkeit zu ergreifen und vor dem Forum der Öffentlichkeit ihren in jeder Beziehung korrekten Standpunkt zu verteidigen.

Von allen guten Geistern müssen die großen Geister in Hamburg verlassen gewesen sein, als sie das zu Papier brachten. Herr Kaufmann, der sonst ein so großes Faible für nichtöffentliche Verhandlungen hat, machtaus einer ordnungsgemäßen all-jährlichen Gausvorsitzerkonferenz in unserm Verbande eine verwerfliche geheime Verschwörung efflicher Gauleiter, die partout gegen die unschuldige Verlagsgesellschaft ein allgemeines Vorgehen inszenieren wollen. Was aber ist auch den Hamburger Herren nicht unbekanntes Tafsache? Auf besagter Konferenz im Herbst v. S. wurde im Beisein sämtlicher Gausvorsitzer über den in Breslau geschaffenen Fonds für besondere Zwecke gesprochen. Daß die Verlagsgesellschaft für diesen Streikfonds Beiträge entrichtete, mußte, da doch ein Arbeiterunternehmen in Betracht kam, nicht geringes Befremden erregen, um so mehr, da eine respektable Anzahl von Prinzipalen wegen des ausgesprochenen Zwecks des Fonds gegen die Gehilfenschaft zu diesem keine Beiträge entrichten wollte. Man beauftragte den Verbandsvorstand, der Verlagsgesellschaft die nötige Aufklärung über den eigentlichen Zweck dieses Fonds zu verschaffen. Das war aber nichts weniger als leicht. Erst auf einer Konferenz, zwischen Vertretern der Generalkommission, unsrer Verbandes, und der Verlagsgesellschaft Ende November 1912 gelang es, letztere von ihrem Standpunkt abzubringen. Die Verlagsgesellschaft erklärte dann, daß unter diesen Umständen sie es selbstverständlich ablehne, weitere Beiträge zu dem Fonds für besondere Zwecke zu leisten. In einem Brief an uns, datiert vom 30. November v. S., findet sich diese Willensbekundung auch vor.

Ist es schon im höchsten Maße befremdlich, daß erst durch gewerkschaftliche Autoritäten den Herren Kaufmann und Genossen der richtige Begriff über einen Beschluß unsrer Prinzipale beizubringen war, über den Buchdrucker — Prinzipale wie Gehilfen — nicht einen Augenblick im Zweifel waren und worüber in den beiderseitigen Organen schon ziemlich geräuschvolle Auseinandersetzungen stattgefunden hatten, so bedeutete der außerordentliche Genossenschaftstag wie der damalige Pressestreit über diesen Punkt alles andere denn Ruhmesblätter für die um das „soziale Interesse der beschäftigten Buchdrucker“ ansonst so besorgten Leiter dieses Arbeiterunternehmens. Wenn ein „allgemeines Vorgehen“ gegen die Verlagsgesellschaft niemals stattgefunden hat, dann war es, als mit Hochdruck den Herrschaften endlich die richtige Auffassung über den Streikfonds unsrer Prinzipalität beigebracht wurde. Eine solche Schwerfälligkeit, klar liegende Dinge zu erkennen, ist uns noch nicht vorgekommen! Unsrer Gausvorsitzer haben zu dieser zwangsweisen besseren Erleuchtung aber nichts weiter unternommen, das mußten die „großen Kanonen“ Regien und Döblin besorgen.

Unserm Verbandsvorstande vorzuwerfen, er sei entweder zu schwach oder nicht gewillt, dafür zu sorgen, daß die Verlagsgesellschaft Ruhe bekommt, macht nicht nur erkaunten, sondern schon mehr klar. Das hat ja nicht einmal der übermüdigste Scharfmacher unter den Prinzipalen der Verbandsleitung zu sagen gewagt! Herr Kaufmann, der mit scharfmacherischen Eigenschaften nicht so dürftig ausgerüstete Leiter eines Arbeiterunternehmens, bringt das jedoch mit erhabener Geiste fertig.

Er, der keine Ruhe halten kann und haben will, der als Genossenschaftsführer glaubt einer Einladung in eine Unternehmerversammlung folgen zu müssen, die den für ihn klar ersichtlichen Zweck hatte, einen auch nach seiner eignen Meinung zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigten Streif wieder aufflackern zu lassen; er, der ein wahrer Beunruhigungsbaßillus ist, der lieber ein großes Personal aus dem Betriebe gehen läßt, statt durch die vorgeschlagene Verlängerung der Kündigungsfrist schneller wieder Ruhe einkehren zu sehen und einen Eklat zu vermeiden — ein solcher Mann muß von ruhestörendem Unfug sprechen und ernsthaften Ruhestiftenden Standreden halten!! Das ist fürwahr einzig.

Auch die Tariforgane vermögen den so ruhebedürftiger Herrn Kaufmann nicht zu schützen — schrecklich! Dabei kann sich der Leiter der Verlagsgesellschaft weder über die Tarifs noch über die Organisationsinstanzen irgendwie beschweren. Für erstere ist der Fall ja erledigt, für letztere hat aber alles einmal sein Ende. Wenn die Herren Kaufmann und Steinhoff glauben, sich über alles hinwegsetzen zu können, was ihr Auftreten in der bekannten Hamburger Prinzipalversammlung nach geschlossenem Frieden so augenfällig gezeigt hat, dann müssen sie auch in Kauf nehmen, daß nicht nur die Buchdrucker, sondern die Arbeiter überhaupt für solche scharfmacherischen Abungen die richtigen Worte finden! Das ist keine Heße gegen die Verlagsgesellschaft, sondern die dringend notwendige Zurückführung vom Arbeiterstandpunkt abgeirrter Funktionäre — Kaufmann, Steinhoff usw. sind in der Tat nichts anderes —, die schon zu wahren Lieblingen der Unternehmer geworden sind. Aber den „in jeder Beziehung korrekten Standpunkt“ müssen die Herren einmal ein kräftiges Privatissimum gehalten bekommen.

Die unschuldige, „ihre Friedensliebe“ jederzeit — leider aber nach scharfmacherischen Rezepten! — bekundende Verlagsgesellschaft entrüstet sich weidlich über die angebliche Irreführung der öffentlichen Meinung durch die bösen Buchdrucker. Zu diesem Zweck wird in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ der Entscheid des Tarifamts zitiert, worin es von der Massenkündigung des Personals heißt:

Sie ist eine tarifwidrige Handlung und widerspricht dem Sinn und dem Geist unsrer Tarifgemeinschaft. Dieselben Leute, die den genossenschaftlichen Lesern zeigen möchten, in welcher Weise seitens der Buchdrucker „mit der Wahrheit umgesprungen wird“, bringen aber zur eignen Salvirung ein Meisterstück der Verdrehungskunst fertig, indem sie nicht auch den vorausgehenden Entscheid des Hamburger Tarifschiedsgerichts über ihre vorgängige Tarifwidrigkeit wiedergeben, sondern aus dem Einigungsprotokoll über die Beilegung des Konfliktes einen Punkt zitieren, den sie (wie nachfolgend) in dem zweiten Satze durch Sperrdruck hervorheben:

Es wird anerkannt, daß die Entlassung der drei Buchdrucker, die sich weigerten, der Unterstufungskasse beizutreten, obwohl sie vom Tarifschiedsgericht als tarifwidrig bezeichnet wurde, den Bestrebungen entsprungen ist, den gesamten beschäftigten Buchdruckern die Mitgliedschaft bei der Unterstufungskasse zu ermöglichen. Sie kann daher nicht als Maßregel im üblichen Sinne des Wortes gewertet werden.

Wenn die Organisationsvorkände sich zu einer solchen Definierung entschlossen, so geschah das unter der sicheren Voraussetzung, die Verständigung dadurch zu erleichtern, womit sie ihre Friedensliebe und ihr tatsächliches Bedürfnis, Ruhe zu schaffen, gewiß in weitestem Maße bekundeten. Herr Kaufmann aber beutet das jetzt in einer Weise zu seinen Gunsten aus, die deutlich zeigt, wie er mit der Wahrheit umspringt.

Da ist es sehr notwendig, den irreführenden Lesern des genossenschaftlichen Zentralorgans den zuvor gefällten Entscheid des Hamburger Schiedsgerichts zur Kenntnis zu bringen, was wir allerdings nur mit dem Wortlaute der Entscheidungsgründe des Tarifamts zu tun vermögen, da der des Tarifschiedsgerichts Hamburg uns nicht vorliegt. Der Verlagsgesellschaft wurde danach von dem paritätisch zusammengesetzten Tarifschiedsgericht affektiert:

Gestellt ist dagegen, daß die drei Seher gekündigt wurden, weil sie nicht Mitglieder der Kasse werden

wollten. Die drei Gehindigten erblickten hierin eine Maßregelung und reichten deshalb Klage beim Schiedsgericht ein.

Besteres entschied nach einem Urteile vom 2. Mai, daß die Kündigung der drei Gehilfen nach § 10 Ziffer 2 des Tarifs tarifwidrig sei, und daß deshalb eine Maßregelung der Gehilfen vorliege.

So ist der „tatsächliche Sachverhalt“, den die Verlagsgesellschaft ihren Freunden im Lande kennen zu lernen jeßt Gelegenheit geben will, wozu sie aber die ihr bei der späteren Verständigungskonferenz gebaute goldene Brücke benützt, nicht aber den zuvor festgestellten — tatsächlichen Sachverhalt!

Es bedarf noch der Versicherung, daß nunmehr, wo man Herrn Kaufmann nicht in seiner viel besonnten Friedensliebe, sondern als unerträglichem Störenfried kennen gelernt hat, von unsrer Seite dieses Entgegenkommen bedauert wird. Wenn im zweiten Abschnitte von dem Verhältnisse der Buchdrucker zu den Genossenschafts- bzw. Arbeiterdruckereien gesprochen und dabei auch einiger nicht in der früheren Periode vorgekommener Unstimmigkeiten Erwähnung getan wurde, so muß doch hier vor aller Öffentlichkeit konstatiert werden, daß seit Bestehen unsrer Organisation der Verbandsvorstand noch in keinem Falle mit den Geschäftsleitungen von Genossenschafts- bzw. Arbeiterdruckereien, auch mit denen von Privatbetrieben nicht, bei vorgekommenen Differenzen so große Schwierigkeiten hatte, wieder zu einem friedlichen Zustande zu gelangen, als mit Herrn Kaufmann! Das spricht gewiß nicht für den Mann, der sich den Anschein gibt, als wäre er die Friedfertigkeit selbst und sein Tun von einer Arbeiterfreundlichkeit diktiert, wie sie nicht wieder zu finden sei.

Bezeichnenderweise konnte man Kaufmanns ganz eigenartige Friedensliebe erst nachdem der Konflikt „zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt“ war, wie es in der auch von Herrn Kaufmann unterzeichneten offiziellen Erklärung heißt, richtig kennen lernen. Er hat alles getan, was geeignet ist, einen latenten Kriegszustand zu unterhalten, und klagt nur die Organisations- und die Tarifinstanzen an, daß sie nicht in der Lage oder nicht gewillt wären, der Verlagsgesellschaft Ruhe zu verschaffen. Das Tarifamt hat der Verlagsgesellschaft am 10. Juni durch den erwähnten Bescheid wohl recht gegeben in der Feststellungsklage über die Massenkündigung, es sprach aber der Geschäftsleitung dieses Arbeiterunternehmens gegenüber auch den dringenden Wunsch aus — von dem Herr Kaufmann freilich trotz der großen Schreibseligkeit seinen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern nichts mitgeteilt hat! —, sie möge durch Anhören der Vertrauensleute, Verhandeln mit ihnen und durch Wiedererrichtung eines Arbeiterausschusses dazu beitragen, wieder geordnete Zustände in ihren Betrieb einkehren zu lassen. Nach einer längeren, vor einem Forum von Prinzipals- und Gehilfenvertretern im Beisein der Befestigten (außer Herrn Kaufmann) geführten Verhandlung eine solche „Empfehlung“ für einen Arbeiterbetrieb, das ist für das soziale Verständnis eines Genossenschaftsführers von dem Range Kaufmanns wie auch für seine unmittelbaren Mitarbeiter alles — nur keine Empfehlung!

Was aber machte der also mit guten Ratsschlägen Bedachte? Am 27. Juni geht er mit seinem Adalatus Steinhoff in eine Versammlung der Hamburger Prinzipale, wo die Massenkündigung nochmals — nachdem auch durch Tarifamtsentscheid die Sache erledigt war! — verhandelt werden sollte. Die genannten beiden Leiter eines Arbeiterunternehmens wurden ersucht, anwesend zu sein. Sie wußten sehr wohl, daß von Unternehmerseite eine, weil der Fall vor den Tarifs- und den Organisationsinstanzen ordnungsgemäß erledigt war, ungehörige Ausschlagung des Vorfalles zum Nachteile der Arbeiter und deren Organisation vorgenommen resp. eine Verböserung der entsprechenden Bestimmungen des Tarifs propagiert werden sollte. Aber kühl erklärt Herr Kaufmann für sich und den Herrn Steinhoff in dem Rundschreiben vom 19. August: „Es war selbstverständlich, daß sie diesem Ersuchen Folge leisteten.“ Hört sich da nicht alles auf? Derselbe Mann, der Ende November 1912 dem Vorsitzenden der Generalkommission wie dem

unseres Verbandes die Erklärung abgab, nachdem er den besonderen Fonds der Prinzipale als Kampffonds gegen die Gehilfenschaft erkennen gelernt habe, werde die Verlagsgesellschaft keine Beiträge weiter dazu leisten und sich aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausschließen lassen, wandert mit seinem Freunde Ende Juni 1913 seelenruhig in eine Versammlung der nämlichen Unternehmerorganisation, um, immer noch als deren Mitglied, an einem Kesseltreiben gegen die Gehilfenschaft sich höchst aktiv zu beteiligen! Diesen tatsächlichen Sachverhalt wollen wir an „die Herren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie an die eingetragenen und vorgemerkten Gesellschafter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.“ vermitteln, denn Herr Kaufmann wird das nicht tun, weil der Sachverhalt eben so tatsächlich ist. Auch das können die angesprochenen Stellen zur richtigen Charakterisierung des Herrn Kaufmann erfahren, daß das Personal der Verlagsgesellschaft, nicht zuletzt auf Veranlassung der Verbandsleitung, auf die Einreichung von Beschwerden gegen die Geschäftsleitung nach dem Friedensschlusse verzichtete, daß Herr Kaufmann aber darauf bestand, sie kennen zu lernen, wodurch natürlich für ein besseres Zusammenarbeiten nichts getan ist. Herrn Kaufmanns „Friedensliebe“ hat wirklich etwas Aufreizendes an sich!

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wird noch gesagt, es soll „aufs neue in ganz Deutschland eine Hebe gegen die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. inszeniert werden“. Die Sperrung der zwei Worte „aufs neue“ hat zur Voraussetzung, daß schon einmal so etwas stattgefunden haben muß. Davon kann aber vordem keine Rede sein wie gegenwärtig nicht. Wenn unsere Kollegen in ihren Versammlungen und als Genossenschaftler in solchen der Konsumvereine dazu Stellung nehmen, daß die Herren Kaufmann und Steinhorst in der mehrfach erwähnten Hamburger Prinzipalsversammlung ihr gerüffelt Teil zur Wiederaufrollung des erledigten Konfliktes beigetragen haben, so betreiben sie damit keine Hebe gegen die Verlagsgesellschaft, der sie als Genossenschaftsunternehmen ja gar nicht feindlich gesinnt sein können, sondern sie wundert sich dabei als Buchdrucker gegen die von den Leitern dieses Unternehmens in einer Prinzipalsversammlung mit befähigter Scharfmacherei und wollen als Genossenschaftler dafür sorgen, daß in einem Betriebe wie der der Verlagsgesellschaft nicht scharfmacherischer Geist die Leitung beherrscht. Das ist alles. Schlimm genug freilich, daß Herr Kaufmann nur auf diese Weise zur Besinnung gebracht werden kann, mehr die Zufriedenheit der Genossenschaftler zu suchen, als das heile Entzücken weiter Unternehmungskreise zu finden. Die Konsumvereine bescheiden doch nicht nur aus Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern! Wir sehen gar keinen Anlaß, unsere Kollegen von dieser notwendig gewordenen Erziehungsarbeit an Herrn Kaufmann abzuhalfen. Es kann dadurch auch vermieden werden, daß Herr Kaufmann auf den Generalversammlungen der Verlagsgesellschaft so leichtes Spiel hat wie diesmal in Dresden, wo von ihm eine so einseitige Schilderung der Affäre gegeben wurde, daß die bewußte Zustimmung mit überwältigender Mehrheit herbeigeführt werden konnte. Jetzt denkt man in den Kreisen der Genossenschaftsleiter zum Teil schon ganz anders über den Streik Kaufmanns mit den Buchdruckern. Nach völliger Aufklärung dürfte eine Wiederholung von Dresden ausgeschlossen sein.

In dem Artikel des genossenschaftlichen Zentralblattes werden auch drei Rundschreiben der Verlagsgesellschaft veröffentlicht. Das eine (7. Juli) kann man übergehen, es enthält nur den Wortlaut des bekannten Tarifsamtsentseides. Das vom 19. August soll uns noch kürzer, das (uns) erst jetzt bekannt geworden vom 16. Mai jedoch länger beschäftigen. Es findet darin die Periode vom Ausbruch der Differenzen bis zur Massenkündigung Darstellung. Allerdings nach einer Methode, von der mit Recht zu sagen ist, was Kaufmann von der Schilderung der Buchdrucker behauptet, daß „weite Kreise ganz falsch und wahrheitswidrig informiert worden sind“. Daß dieses erste Rundschreiben mit den Tatsachen durchaus nicht immer übereinstimmt, sondern kräftig damit kollidiert, ist sogar von kompetenter Stelle zugegeben worden. Jetzt druckt man es jedoch

mit allen Unrichtigkeiten und Unwahrheiten in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ ab. Auch eine Illustration für dem „in jeder Beziehung korrekten Standpunkte“ der Leiter der Verlagsgesellschaft!

Von unserer Hamburger Gauleitung wird weiter noch behauptet, sie sende „unterhand allerlei Material in die Welt“. Das ist eine grundlose Verdächtigung mehr. Was der Gauvorsitz „unterhand“ an die Konsumvereinsvorstände verhandte, waren ein Separatdruck von zwei Artikeln der „Korr.“-Redaktion gegen zwei Artikel in der „Zeitschrift“ über die mehrfach genannte Hamburger Prinzipalsversammlung sowie ein Sonderdruck des Berichts über die letzte Hamburger Mitgliedschaftsversammlung aus Nr. 101 des „Korr.“. Es sind also Sachen, die bereits in aller Öffentlichkeit bekannt waren. „Unterhand“ verhandte aber die Verlagsgesellschaft an die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder unter dem Datum des 16. Mai eine, wie schon gesagt, in mehrfacher Beziehung unrichtige Darstellung über den Konflikt, der am 15. Mai durch eine gemeinsame Erklärung sämtlicher Einigungsunterhändler schon „zur beiderseitigen Zufriedenheit“ beigelegt war. Dieses Vorgehen wird jedenfalls auch ein eigenartiges Licht auf die Friedensliebe der Verlagsgesellschaft. Dann ist noch am 7. Mai ein Rundschreiben an die Hamburger Gewerkschaftsvorstände abgegangen, das indes außer Betracht bleiben kann.

Da die Verlagsgesellschaft laut Mitteilung in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ sich weitere Erklärungen vorbehält, so können die beiden einer näheren Betrachtung verbleibenden Rundschreiben bei den jedenfalls nicht lange ausstehenden weiteren Polemiken gegen die Buchdrucker mit erledigt werden. Diesmal wollen wir nur noch auf einen Punkt von besonderem Reize zu sprechen kommen.

Eine unnatürliche Paarung.

Die „Zeitschrift“ hat nicht umhin gekonnt, den Leitern der Verlagsgesellschaft heizuspringen und ihnen als den Vorstellern eines Arbeiterunternehmens zu beschuldigen, daß sie in allem recht und wohl getan. Das Prinzipalsorgan „natürlich“ wohl Unternehmerrundpunkte, was Herrn Kaufmanns Anliegen in den Augen der Arbeiter schwerlich fördernd sein kann. Möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß ihm daran gar nichts gelegen ist. Aber die Mitglieder der Konsumvereine und deren Funktionäre sind schließlich nicht Herrn Kaufmann wegen da und können, nein müssen deshalb diesen an das Wort Bebel's erinnern, der einmal sagte, wenn ihn die Gegner loben, wüßte er sogleich, daß er sich verhalten habe. Da bei Herrn Kaufmann System in der Sache liegt, wo bei andern nur von einer zufälligen Engleistung zu sprechen ist, so kann ihm gegenüber schon Fraktur geredet werden, zudem er auch ein Starrkopf sondergleichen ist.

Das Prinzipalsorgan fabuliert bei der Gelegenheit einiges über „Tarifrecht oder Gewerkschaftsgewalt“ und verliert sich total dabei. Was es damit in Zusammenhang bringt, wird weder der Verstand der Verständigen noch das bekannte kindliche Gemüt begreifen. Da in letzter Zeit neben etlichem Guten in der „Zeitschrift“ an Verschrobenheiten mit einem bestimmten Einschlage kein Mangel war, werden wir uns einmal speziell mit ihr über Fragen wie die vorwärtige unterhalten.

Auch ohne ein bißchen Sophistik geht es bei der „Zeitschrift“ nicht ab. Der von ihr zitierte Passus aus der Erklärung der Hamburger Kollegenschaft, wonach der Verlagsgesellschaft auch außerparitätische Instanzen zur Verfügung stehen, erfährt von dem Prinzipalsorgan die Umwertung, der Verband könne es den Leitern der Verlagsgesellschaft nicht verzeihen, „daß sie als Prinzipalsmitglieder der Tarifgemeinschaft pflichtgemäß mit den vertragsbrüchigen Arbeitern die Tarifinstanzen angerufen haben“. Nachdem wir der „Zeitschrift“ schon einmal ihre ganz falsche Auffassung widerlegt haben, daß hier Streik oder Kontraktbruch in Frage kommen, konstatieren wir nur eine über das geltende tarifliche und gewerbliche Recht hinausgreifende gewalttätige Interpretation des Begriffs Vertragsbruch zuungunsten der Arbeiter. Dann verbinden wir den somit schon lezierten Satz mit dem folgenden:

Also weil die Verlagsgesellschaft ein konsumgenossenschaftliches Unternehmen ist, endet die Zuständigkeit der Tarifinstanzen für deren Leiter, obwohl sie in aller Form der Tarifgemeinschaft beigelegt sind, und wenn sie die zuständigen Instanzen anrufen, dann „suchen sie Schutz bei der Arbeitgeberorganisation“, begeben sich also in den Augen der Gewerkschaftler in ein fremdes Lager, um darauf zu erklären, daß es keiner Stelle im Verband eingefallen ist, der Verlagsgesellschaft die Anrufung der Tarifinstanzen zu verwehren. Das war ihr gutes Recht, wie es für die von ihr gemahregelten drei Gehilfen selbstverständlich war, daß sie das Schiedsgericht anriefen. Die Hamburger Kollegen haben in ihrer Resolution vielmehr zum Ausdruck gebracht, daß die Verlagsgesellschaft ja noch mehr Schutz genießt als andre tariffreie Druckereien, die als Privatbetriebe angesprochen werden. Das ist es ja gerade: Herr Kaufmann fühlt sich immer schutzlos und ist geschützter mit dem von ihm geleiteten Unternehmen als jeder andre Druckereibesitzer! Die in der Hamburger Resolution erwähnten Instanzen: Verbandsvorstand, Generalkommission und Generalkat der Konsumvereine, sind ihm über die tariflichen Instanzen hinaus Gewähr, daß Differenzen in der Verlagsgesellschaft eine befriedigende Beilegung finden können. An die Ausschaltung der ersteren denkt in der Tat niemand! Woran aber auch kein Mensch gedacht hat, ist der von Herrn Kaufmann eingeschlagene Weg zum Deutschen Buchdruckervereine nach Beilegung des Konfliktes. Das ist es, was böses Blut gemacht, und das ist es auch, was ihm die Hamburger in ihrer Erklärung zum Vorwurfe machen unter Hinweis auf die anderweitigen Instanzen. Die Verlagsgesellschaft kennt doch sicherlich die entsprechenden Beschlüsse des Kölner und des Dresdner Gewerkschaftskongresses wie die konform gehenden des Münchner Genossenschaftstags? Wäre die Deduktion der „Zeitschrift“ richtig, dann hätte sie auch die unter Mitwirkung von Vertretern des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes zustande gekommene Einigung als eine Unterordnung des Tarifrechtes ansehen und kritisieren müssen. Das tat sie aber nicht.

Das Prinzipalsorgan trifft also vollständig das Neben, wenn es schreibt:

Es ist wirklich im Interesse einer Klärung der „Ideal-konkurrenz“ von Tarifgemeinschaftseinfluß und Verbandsmacht mit Genugtuung zu begrüßen, daß die untergeordnete Bedeutung des Tarifrechtes für die Gewerkschaftler hier einmal mit so rüchhaltiger Offenheit ausgesprochen wurde.

Herr Kaufmann glaubt nun in völligem Gegensatz zu seiner Erklärung vom November v. J. nicht ohne die Unternehmerorganisation auskommen zu können, trotzdem von den 8164 tariffreien Firmen dies nicht weniger als 3568 Prinzipale vermögen, denn so viele gehören von den tariffreien Druckereibesitzern dem Deutschen Buchdruckervereine nicht an. Darunter auch sämtliche sozialdemokratische Druckereien, also Arbeiterunternehmen wie die Verlagsgesellschaft.

Dieser Standpunkt des Herrn Kaufmann ist jedenfalls der eigenartigste unter den vielen Absonderlichkeiten in den Anschauungen dieses Vorstehers eines Arbeiterbetriebes. Daß Herr Steinhorst, der technische Leiter der Verlagsgesellschaft, zu den vielen Kommissionen des Tarifvorberatungs(verbüßungs)-ausschusses der Prinzipalsorganisation in der wichtigsten, der Sekundärschienenkommission, seinen Mann als Berater stellt, ist auch eine der nicht wenigen Unbegreiflichkeiten bei Kaufmann und Genossen. Herr Steinhorst singt ja auch der „Zeitschrift“ in Hamburger Prinzipalsversammlungen Loblieder! Da wird tatsächlich alles zur Unnatur.

Aber auch die „Zeitschrift“ bewegt sich mit der der Verlagsgesellschaft der Konsumvereine entgegengebrachten Sympathie im Widerspruch mit sich selbst. So manches Mal hat man einen eingestreuften Satz finden können, der nichts weniger als Uneinigung für die Konsumgenossenschaften erkennen ließ. Man verübte der Gehilfenschaft gewissermaßen das Interesse für die Genossenschaftsbewegung. An einigen Orten hatten unsere Mitglieder sogar Scherereien wegen der in Versammlungen besetzten Notwendigkeit, diese Richtung irgendwie zu unterstützen. Das Prinzipalsorgan ließ über „genossenschaftliche Seifenblasen“ und machte im Jahrgange 1910 einmal in ganz bemerkenswerter Weise ihrer Abneigung

gegen die Konsumvereine auf. Sie inserierten nicht, ihr Verbrauch an Drucksachen sei gering, die bürgerlichen Geschäfte dagegen seien für die Zeitungen und den Buchdrucker überhaupt gute Auftraggeber. Zum Schluß heißt es:

Wir wollen nicht bestreiten, daß die Konsumvereine auch ihre wirtschaftlichen Vorteile haben, obwohl sie nicht so groß sind, wie diejenigen behaupten, welche an ihrer Existenz ein persönliches Interesse haben; aber das ist ganz sicher, daß für unser Gewerbe die Nachteile fast ganz allein stehen.

Vom reinen Prinzipalsstandpunkt aus läßt sich das verstehen, wie ja auch die Konkurrenz der Reichsdruckerei und der sächsischen Druckereien der „Zeitschrift“ keine Freude abringen kann. All diese Bedenken schweigen aber gegenüber der Verlagsgesellschaft, die mit ihrer Großdruckerei gewiß den Privatbetrieben viel Arbeit nimmt, was bei der starken Vergößerungsfähigkeit dieses Unternehmens mit der Zeit immer mehr der Fall sein wird. Die großen oder kleinen Konsumvereine bringen nach der „Zeitschrift“ unser Gewerbe also nur Nachteile, der Großbetrieb der Verlagsgesellschaft kann dann doch wahrlich nicht gegenständig wirken für die Prinzipale! Darüber hört man jedoch nichts in der „Zeitschrift“, vielmehr öffnet sie wie auch die Hamburger Prinzipalität den Herren Kaufmann und Genossen weit die Arme. Die widerstrebendsten Interessen paaren sich hier und Herr Kaufmann ist Persona grata. Wenn das natürlich sein soll, dann gibt es unnatürliche Paarungen überhaupt nicht mehr, dann kann die Naturwissenschaft einpacken.

Die deutschen Gewerkschaften

I.

Ihre Entwicklung im Jahre 1912.

Die Generalkommission hat in ihrem Organe, dem „Korrespondenzblatt“, am 6. September wieder eine umfassende Jahresstatistik über sämtliche Gewerkschaftsrichtungen veröffentlicht. Im nachfolgenden bringen wir daraus einen gedrängten Auszug, um im zweiten Abschnitte dann zu gewissen Erscheinungen selbst Stellung zu nehmen resp. einige Zusammenhänge an die im ersten enthaltene schätzenswerte Darlegung anknüpfen zu können.

Die freien Gewerkschaften.

Der Mitgliederbestand bejäherte sich im Jahresdurchschnitt auf 2530390 (gegen 2320986 im 1911). Rechnet man die hier nicht eingeschlossenen Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter hinzu, so mußerten die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 insgesamt 2553162 Mitglieder.

Die Ziffern kellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten unsere Gewerkschaften 2559781 Mitglieder (gegen 2400018 Ende 1911). Mit den Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter (23714 Mitglieder) betrug die Gesamtziffer aller freien Gewerkschaften 2583495. Den Höchststand erreichten die Gewerkschaften im dritten Quartale mit 2572624 Mitgliedern (ohne Hausangestellte und Landarbeiter), wogegen das vierte Quartal schon wieder einen Rückgang von nahezu 13000 Mitgliedern brachte.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder: Metallarbeiter 535903, Bauarbeiter 335560, Transportarbeiter 215948, Fabrikarbeiter 205026, Holzarbeiter 192645, Textilarbeiter 140217, Bergarbeiter 117875, Buchdrucker 63673, Zimmerer 61872, Maler 51621, Gemeindegewerkschaften 50058, Brauerei- und Mühlenarbeiter 49834, Schneider 49533, Schuhmacher 46227, Tabakarbeiter 36269, Buchbinder 32374, Steinarbeiter 29410, Bäcker und Konditoren 28525, Maschinisten 25761, Glasarbeiter 19001, Sandblungsgehilfen 17485, Lithographen 16760, Porzellanarbeiter 16575, Gastwirtsgehilfen 16183, Buchdruckereihilfsarbeiter 15751, Lederarbeiter 15248, Sattler und Portefeuliers 14166, Schmiede 12874, Söpler 12057, Steinfeiler 10939, Sutmacher 10551, Tapezierer 10434, Dachdecker 8636, Böttcher 8518, Bureauangestellte 7253, Gärtner 6950, Fleischer 6172, Kupfer- und Schmiedegeräten 5234, Glaser 4670, Kürschner 3810, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3685, Lagerhalter 2935, Friseur 2532, Stuhlmeister 2008, Zigarrenfertiger 1565, Mischarbeiter 1249, Blumenarbeiter 1168, Notenschnitzer 445, Xylographen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17023, die Hausangestellten 5749 Mitglieder.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände ist von 191332 im Jahresdurchschnitt von 1911 auf 216462 im Berichtsjahre gestiegen. Von je 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 1911: 8,2, 1912: 3,6 Proz. weiblichen Geschlechts. In den beiden Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter kommen 5738 und 609, zusammen 6347 weibliche Mitglieder hinzu, so daß sich die Gesamtzahl der weiblichen Organisierten auf 222809 beläuft. Am Jahreschluß war die Zahl auf 228670 gestiegen. Die Zunahme der Frauenarbeit in Handel, Industrie und Gewerbe ist aber eine so gewaltige, daß noch viel zu tun übrig bleibt. Waren doch bei der Berufsählung des Jahres 1907 nicht weniger als

17,2 Proz. der erwerbsfähigen industriellen Lohnarbeiter weiblichen Geschlechts, und im Handel und Verkehr stieg das Verhältnis sogar auf 32,0 Proz.

In den einzelnen Verbänden wurde an weiblichen Mitgliedern gezählt: Textilarbeiter 53363, Metallarbeiter 26848, Fabrikarbeiter 25146, Tabakarbeiter 17918, Buchbinder 15979, Sandblungsgehilfen 10810, Schneider 10486, Schuhmacher 8909, Buchdruckereihilfsarbeiter 8750, Transportarbeiter 7734, Holzarbeiter 6884, Sutmacher 4980, Bäcker und Konditoren 4574, Porzellanarbeiter 3329.

Die Finanzabgarung gestaltete sich folgendermaßen: Die Gesamteinnahmen haben sich von 72086957 M. (1911) auf 80233575 M. erhöht, während die Gesamtausgaben von 60025080 M. auf 61105675 M. wuchsen.

Unter den Einnahmen figurieren an erster und zweiter Stelle die Verbandsbeiträge mit 64532051 M. und die örtlichen mit 9138215 M. Die durchschnittlichen Einnahmen pro Kopf der Mitglieder betragen 31,71 M. Sie gehen auf 14,04 M. bei den Sandblungsgehilfen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,61 M. am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58,47 M. bei den Buchdruckern (ohne Gau- und Ortsbeiträge), 64,19 M. bei den Notenschnitzern und 64,26 M. bei den Lithographen und Steindruckern.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61105765 M. sind folgende Posten hervorzuheben:

	Eingeführt von Organisationen: M.	
Reiseunterstützung	35	1179102
Umzugsunterstützung	34	405403
Arbeitslosenunterstützung	45	7741240
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung	46	11436326
Invalidentunterstützung	8	528080
Beihilfe in Sterbefällen	45	1178310
Beihilfe in Nothfällen	44	515846
Streiks im Berufe	43	12047726
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen	19	195834
Streiks in andern Berufen und Ausland	46	437457
Zentrale und lokale Tarifinstanzen	14	65639
Rechtsschutz	48	392697
Gemabregelunterstützung	43	1070752
Verbandsorgan	49	2604411
Sonstige Zeitungen	27	92256
Bibliotheken	34	322913
Interriktskurse	20	56099
Statistik	15	145232
Agitation	48	2841814
Druckschriften, Broschüren usw.	45	865388
Stellenvermittlung	20	132065
Konferenzen und Generalsammlungen	46	509982
Sonstige Zwecke	49	282970
Beitrag an die Generalkommission	48	274654
Beitrag an internationalen Verbindungen	29	677273
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	44	1457280
Projekthosten	13	87838
Verwaltungskosten (der Hauptkassen) persönlich	50	1152520
Verwaltungsmaterial	49	730669
Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gauen	47	9742419

Von diesen Ausgaben entfielen im Vergleiche zu denen vom Jahre 1911 in Mark für:

	1911	1912
Bildungszwecke	2889205	3220911
Unterstützungszwecke	38677342	37194412
Agitation, Stellenvermittlung, Generalsammlungen usw.	7894890	9064744
Verwaltungskosten	10563643	11625608

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder berechnet, betragen 24,15 M. Sie gehen auf 94,24 M. herauf bei den Lithographen und Steindruckern, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 29,93 M. übersteigen, und geben auf 10,96 M. zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Lithographen entfielen allein 82,74 M. auf Unterstütlungszwecke, davon 49,80 M. auf Streikunterstützung.

Das Gesamtvermögen betrug 80797786 M., von denen 62934731 M. in den Hauptkassen sich befinden. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31,93 M. (gegen 26,76 M. in 1911). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228,12 M. bei den Notenschnitzern, denen die Buchdrucker mit 151,79 M. amächst kommen, und 2,94 M. bei den Tabakarbeitern, nach denen die Sandblungsgehilfen mit 3,61 M. rangieren.

Verbandsorgane beßien 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis geliefert werden und eins im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtaufgabe aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2664700. Daneben bestehen noch 7 fachtechnische Organe sowie das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“, der „L'Operaio Italiano“ und der „Oswiata“ für die Mitglieder italienischer und polnischer Junge. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint eins dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, 7 alle zwei Wochen und 7 monatlich.

Es wurden an Unterstütlungen gezahlt in Mark:

	1910	1911	1912
Alte	1015984	1028431	1179102
Neue	316452	366865	405403
Arbeitslose	6075522	6340544	7741240
Kranke	9028693	10286730	11436326
Sterbefälle	884012	1045956	1178310
Nothfälle	548567	470048	515846
Gemabregelte	893738	895519	1070752
Summa	18678988	20414093	23526979

Dagegen wurden für Streikunterstützung verausgabt in Mark:

	1910	1911	1912
19063605	17303328	12485183*	

Die Ausgaben für Streikunterstützung befragen im Berichtsjahre nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterstütlungszwecke.

In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 165,6 Millionen M. für friedliche Unterstütlungszwecke und 121,5 Millionen M. für Streikunterstützung auf. Eine besondere Beachtung verdienen die Ausgaben für die Unterstütlung der arbeitslosen Mitglieder. Die Aufwendungen für diese Unterstütlungen erreichten im Jahre 1912: 8920342 M., gegenüber 7368975 M. im Jahre 1911, 7091506 M. im Jahre 1910 und 7201351 M. im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen M. aufgewendet! Sie haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Sobald nun auch die größten Organisationen des Baugewerbes dazu übergehen werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Orte zu unterstütlung, dürfte der Einwand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einen kleinen Teile der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, entkräftet sein.

Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten, keine Opfer gescheut haben, die Arbeitslosen zu unterstütlung und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich seither nicht bloß als das beste, sondern selbst als das einzig brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich, Staat und Gemeinde verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinnützigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schadlos halten und ihnen einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen zurückvergüten. Das Center System bezeichnet diesen Weg. Gerade jetzt, angelich der drohenden Zeichen einer neuen Arbeitslosigkeitsperiode, ist es an der Zeit, daß mit der Einführung des Center Systems der Arbeitslosenversicherung endlich Ernst gemacht wird.

Die Sürch-Dunckerischen Gewerksvereine

vermögen den vor einigen Jahren erfolgten Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute nicht mehr weftzumachen. Im Jahre 1912 ist ihre Mitgliederzahl von 107740 auf 109225, also nur um 1,37 Proz. gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder). Neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen. In den Jahren 1905 und 1906, d. h. mit 117097 resp. 118508 Mitgliedern hatte die Sürch-Dunckerische Richtung ihren Höchstpunkt erreicht.

Von den einzelnen Gewerksvereinen zählten im Jahre 1912 Mitglieder: Bauarbeiter und Metallarbeiter 44604 (74899), Fabrik- und Sandarbeiter 17997 (221), Eisenbahner Würfelbergs 8000 (?), Textilarbeiter 6225 (+ 120), Holzarbeiter 5411 (+ 17), Schuhmacher und Lederarbeiter 5150 (+ 120), Schneider 4639 (+ 119), Bergarbeiter 3156 (- 789), Brauer 2484 (+ 185), Zigarren- und Tabakarbeiter 2017 (- 44), Maler, Radierer 1703 (+ 30), Söpler, Ziegler 1458 (- 32), Gemeindegewerkschaften 1324 (+ 41), Eisenbahner, Breslau 1300 (+ 100), Bauhandwerker 1150 (+ 190), Kellner 688 (+ 595), Frauen und Mädchen 668 (- 62), Selbständige Ortsvereine 550 (+ 370), Bildhauer 317 (- 19), Bäcker und Konditoren 300 (+ 33), Küffer 54 (+ 2), Knechteläger 30 (- 3).

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerksvereine werden auf 2786341 M., die Gesamtausgaben auf 2345310 M. und die Gesamtvermögensbestände auf 1828851 M. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerksvereinschaften enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Krankenkassen und Begräbniskassen, denen auch andre als Gewerksvereinsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerksvereine für Arbeitslosenunterstützung betragen 226777 M. für Reiseunterstützung 18412 M., für Umzugsunterstützung 20886 M., für Notfallunterstützung 34195 M. und für Invalidentunterstützung 16586 M., für Streikunterstützung 348939 M., für Bildungszwecke 22195 M., für Agitation und Reisen 206229 M., für Generalsammlungen und Konferenzen 11847 M., für Zeitungen 122900 M., für Verwaltungskosten 336210 M. usw. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstütlungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Krankenkassen und Begräbniskassen der Gewerksvereine anzurechnen sind, waren die Ausgaben 766530 M. und 119932 M. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerksvereine um etwa 866000 M., also um etwa 40 Proz. reduzieren.

Die christlichen Gewerkschaften

geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344687 (1911: 340957) und für den Jahreschluß eine solche von 350930 (1911: 350574) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3730 und bis Jahreschluß 356 oder 1,09 bzw. 0,10 Proz., bleibt also weit hinter derjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erfahrung mag für die christlichen Gewerkschaften recht schmerzhaft sein; ganz besonders schmerzhaft im Berichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine ausschließliche Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Berrat zunichte zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu schädigen. Bemerkenswert ist ferner, daß

* Mit Einrechnung der Ausgaben für Lohnbewegungen und Tarifinstanzen 12746656 M.

im Jahre 1907 die christlichen Gewerkschaften rund 10000 Mitglieder mehr besaßen als 1912, nämlich 354760. Das war bei dieser ehrenwerten Gesellschaft bis jetzt der Gipfel. Dann ging es bis auf 270751 Mitglieder in 1909 herunter. Die ganz geringe Zunahme im Berichtsjahre wird hoffentlich schon im laufenden Jahr einem direkten Rückgange weichen. Durch ihre Taten wäre diese Quittung für die christlichen Großsprecher und Demagogen wohl verdient. Im übrigen ist es nicht unwahrscheinlich, daß bereits 1912 mit einem Minus gegen 1911 abschließt, denn bekanntermaßen wird mit den Mitgliederzahlen bei den christlichen Gewerkschaften stolzer Schwindel getrieben.

Die Mitgliederzahlen der einzelnen christlichen Gewerkschaften befragen: Bergarbeiter 76988 (- 6600), Bauarbeiter 43691 (+ 3736), Metallarbeiter 42644 (+ 1391), Textilarbeiter 39903 (- 2494), Eisenbahner (Bantriche) 26785 (+ 1), Eisenbahnarbeiter und -arbeiter 20941 (- 1253), Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter 17856 (+ 2110), Holzarbeiter 17280 (+ 1818), Heimarbeiterinnen 8188 (+ 1189), Keramik- und Steinarbeiter 7411 (+ 808), Tabakarbeiter 7388 (- 469), Lederarbeiter 5756 (+ 372), Schneider 4742 (+ 449), Maler 4514 (+ 484), Eisenbahner (Wirttembergische) 3886 (+ 622), Telegraphenarbeiter 3302 (- 27), Buchdrucker (Gutenbergbund) 3239 (+ 169), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 2968 (+ 308), Gießhausangehörigen 2773 (+ 564), Graphischer Zentralverband 1993 (+ 368), Krankenpfleger 1620 (+ 166), Eisenbahner (Medienburgische) 987, Gärtner 819 (+ 18). Es sind hier anscheinend die Jahresdurchschnittsziffern genommen, denn der Gutenbergbund selbst gibt seinen Mitgliederzähler am Jahreschluß mit 194 an. Der Bund nimmt im Rahmen der christlichen Gewerkschaften also keine imponierende Stellung ein. Der wesentlich kleinere graphische Zentralverband hat sogar eine Zunahme um 368 zu verzeichnen. Die christlichen Organisationen erfahren bekanntlich vielfach Prosektion, die größte unzweifelhaft aber der Gutenbergbund. Trotz aller Schiebungen und in der Zentrumsprelle zugunsten des Bundes verübten Laßschandergewaltigungen rangiert unter den 23 christlichen Organisationen der Bund mit seinem Mitgliederzähler doch nur an liebsehnter Stelle.

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6243643 Mk. auf 6608350 Mk. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5299781 Mk. auf 5222727 Mk. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7082942 Mk. auf 8575658 Mk. angewachsen.

Die Ausgaben verteilen sich: für Verbandsorgane 549973 Mk., Agitation 670024 Mk., Streik- und Gemahregelunterstützung 654323 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 201223 Mk., Krankenunterstützung 761293 Mk., Sterbeunterstützung 205083 Mk., Rechtschutz 116703 Mk., sonstige Unterstüßungen 57611 Mk., Bibliotheken, und Bildungswecke 133267 Mk., Beitrag an den Gesamtverband 83382 Mk., Geschenke 170754 Mk., Verwaltung 259096 Mk., Anteil der Lokalkassen 1145722 Mk., sonstige Ausgaben 208028 Mk.

Die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung zählt, wenn man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und die Lokalorganisation 272517 Mitglieder einrechnet, 3266819 Mitglieder. Für 1911 wurden 3042203 Mitglieder ermittelt, so daß eine Zunahme von 224616 für alle Richtungen zu verzeichnen wäre.

Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften befragen 89628266 Mk. (1911: 80953814 Mk.), die gesamten Ausgaben 68673714 Mk. (1911: 67629149 Mk.) und die gesamten Vermögensbestände 91202295 Mk. (1911: 70878305 Mk.). In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, juristischlichen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten. In den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der Kirch-Dundarischen Kranken- und Begräbniskassen.

Von der gewerkschaftlichen Gesamtheit entfallen für je 100 Mitglieder 84,8 Proz. auf die freien, 3,4 Proz. auf die Kirch-Dundarischen und 11,8 Proz. auf die christlichen Gewerkschaften. Vor zwölf Jahren (1900) konnten die freien nur 73 Proz. für sich reklamieren. Die Kirch-Dundarier wiesen 9,8 Proz. und die christlichen Gewerkschaften gar 17,2 Proz. auf. Trotz der gebälligen Agitation, namentlich von letzterer Seite, trotz ihrer Terrorisismenmäßen und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstüßung sind sie doch fortgesetzt im Rückgange begriffen. Den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein.

Ein internationaler Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die große Arbeitslosigkeit, die jetzt schon wieder die deutschen Arbeiter bedroht, obwohl die tiefen Wunden der Wirtschaftskrise von 1908/09 noch nicht vernarbt sind, und die frühe Aussicht einer weiteren Verschärfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit haben erneut die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Fragen an die Oberfläche der öffentlichen Diskussionen gewirbelt, und der Ruf nach endlicher ausreichender Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit fällt von neuem in die breitesten Kreise. Es ist ja bekannt, daß auch der sozialdemokratische Parteitag in Genä sich mit der Arbeitslosenfrage als besonderem Gegenstande der Tagesordnung befassen wird. Darum findet auch ein eben in Genä abgehaltener Kongress der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhöhtes Interesse.

Angefähr 400 Personen, darunter auch die Vertreter von 23 Regierungen und viele Vertreter der modern organisierten Arbeiterklasse aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, aus Österreich, Belgien, Holland und Skandinavien hatten sich vom 4. bis 6. September versammelt, um die neuesten Ergebnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Milderung der Arbeitslosigkeit und der Bekämpfung ihrer schlimmen Folgen auszutauschen und die Wege für die allgemeine, einheitliche Aktion zur Beseitigung des Arbeitslosenselends zu ebnen. Man braucht nicht mit allen Einzelheiten der dort gefaßten Beschlüsse einverstanden zu sein, gleichwohl muß man anerkennen — und das ist auch von den Vertretern der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften geschehen —, daß im allgemeinen das Richtige getroffen worden ist, um eine einheitliche Aktion in allen Ländern zu ermöglichen.

Von hohem Wert ist die durch die Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeregte Materialsammlung und der internationale Austausch der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeitsfolgen wie der vermeidbaren Arbeitslosigkeit geeigneten Erfahrungen und Gedanken. Denn damit werden die Wege geklärt, die man gegen eins der schlimmsten Übel der kapitalistischen Produktionsweise zu beschreiten hat.

Die Arbeitsnachweisfrage.

An der Spitze der Beratungsgegenstände stand die Frage des Arbeitsnachweises, die jetzt überall eine unbefriedigende Situation zeigt und eigentlich nur in England, insoweit eines gelehreberischen Altes, genügend sicher gelöst ist. Dabei hat, wie der Direktor der staatlichen Arbeitslosenversicherung in England ausführte, dieser englische Arbeitsnachweis bisher die Gepflogenheit geübt, die Arbeitsuchenden auf die bestreitenden Betriebe aufmerksam zu machen. In Deutschland ist die Arbeitsnachweisfrage darum besonders brennend, weil hier die Unternehmer mit ihren die Maßregelung mißliebiger Arbeiter bezweckenden Nachweisen eine bedenkliche Verfälschung des Arbeitsnachweises bewirkt haben. Die gegenwärtige Zerpfitterung und Mannigfaltigkeit in der Organisation und die Zunftbedingtheit in der Geschäftsführung verhindern einen Überblick über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes wie eine zuverlässige Feststellung der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeitsgelegenheiten, einen zweckmäßigen und raschen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, eine brauchbare Arbeitsmarktfaktik und rechtzeitige vorbeugende Maßnahmen gegen drohende Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsnachweis soll nicht nur allein Arbeiterfindende und Arbeitsfindende zusammenführen, sondern er soll auch der Träger und die Organisation einer guten Arbeitslosenfaktik sein und er soll durch seine Tätigkeit den Boden für eine öffentliche Arbeitslosenversicherung vorbereiten. Wenn er das soll, dann muß er in der Lage sein, den Arbeitsmarkt fortlaufend beobachten und seine Veränderungen in ausreichender Maße registrieren zu können. Nach längerer Aussprache über diesen Gegenstand beschloß der Kongress folgende Grundzüge für die Forderungen bezüglich des Arbeitsnachweises:

1. Systematische Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise mit territorialer Gliederung (Kreis-, Bezirks-, Landesarbeitsnachweise) unter Berücksichtigung der beruflichen Interessen (Berufsstellen, Fachabteilungen);
2. Einheitliche Technik in der Geschäftsführung bei Verwendung aller modernen Verkehrsmittel (Telephon, Telegraph, Post, Eisenbahn);
3. Völlige Unparteilichkeit bei der Stellenvermittlung und der Verwaltung;
4. Grundbühliche Gebührenfreiheit mindestens für Arbeitsfindende;
5. Planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes einschließlich der Arbeiterwanderungen (nach einheitlichen Grundbühen unter Leitung der Zentrale, fortlaufende Arbeitsmarktfaktik);
6. Kosten zu Lasten der Gemeinden (für Ortsarbeitsnachweise), der Bezirke (für Bezirksarbeitsnachweise), des Staates (für die Zentrale und etwaige Subventionen).

Zur Durchführung dieser Reformen erscheint die Mitwirkung der Verwaltungen bzw. der Gesetzgebung erwünscht, um solchen Arbeitsnachweisen, die den vorstehenden Grundbühen entsprechen, als staatlich „anerkannten“ Arbeitsnachweisen (bzw. öffentlich-rechtlichen Organen) gewisse Vergünstigungen zu gewähren (bei Benutzung von Telephon, Telegraph, Post, Eisenbahn sowie durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln), auf einen lückenlosen Ausbau des Arbeitsnachweiswesens hinzuwirken, einheitliche Grundbühen für die Geschäftsführung und Statistik einzuführen und das gesamte Arbeitsnachweiswesen der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Die Verwendung öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ein noch sehr wenig erörterter Gedanke, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist der, die öffentlichen notwendigen Arbeiten nicht planlos zur Ausführung zu geben, sondern sie so lange hinauszuschieben, bis die allgemeine Konjunktur herabfällt und die Arbeitslosigkeit besonders drückend wird. Damit würde einmal das Heftempe der Produktion, das Überstunden- und Nacharbeitsunwesen, das die Hochkonjunktur kennzeichnet, vermindert und zugleich eine größere Arbeitsgelegenheit für die flaute Periode beschafft. Welche Einwirkung damit auf den Arbeitsmarkt in Deutschland bewirkt werden könnte, ergibt sich daraus, daß wir alljährlich für 5 bis 6 Milliarden Mark öffentliche Arbeiten ausführen lassen. Wenn davon nur der zwanzigste Teil zu einer systematischen Arbeitsmarktpolitik verwendet würde, wären das für 250 bis 300 Millionen Mark Arbeiten! Damit könnte einer ganzen Anzahl gelernter Arbeiter, namentlich denen, die zum Baugewerbe gehören, große

Hilfe geleistet werden. Das würde eine weit bessere Hilfe als die sogenannten Notstandsarbeiten sein, die doch nur für ungelernete und weiterfehle Arbeiter in Frage kommen. Darum verdient der Beschluß des Kongresses besondere Beachtung, daß die systematische zeitliche Verteilung der öffentlichen Arbeiten angekrebt werden soll.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung

nahm einen verhältnismäßig geringen Raum ein, und zwar darum, weil, wie der Generalberichterstatter ausführte, die Erfahrungen, die aus den einzelnen Ländern mitgeteilt worden sind, noch keine sichere Grundlage bilden für positive Vorschläge, wie die Arbeitslosenversicherung am besten zu organisieren sei. Soviel könne jedoch schon gesagt werden, daß die Arbeitslosenversicherung eine öffentlich-rechtliche sein müsse, und daß sie nicht ohne Mitwirkung der Arbeiterverbände geschaffen werden könne. Eine der Hauptvorbedingungen für die Arbeitslosenversicherung sei die großzügigste, lückenlose Organisation des Arbeitsnachweises. Als Resümee seiner Studien schloß er folgendes zur Annahme vor:

I. Aus den Feststellungen, welche die Berichterstatter auf Grund der in Großbritannien und anderswo gemachten Erfahrungen getroffen haben, darf man schließen, daß die Ansichten in der Richtung sich bewegen:

1. Auf die Zwangsversicherung, wenigstens für gewisse Berufe, und auf eine Ergänzung der Zwangsversicherung der freiwilligen Versicherung;
2. Auf die Abzehrung, daß die Wiederbeschaffung von Arbeit die vornehmste Leistung der Arbeitslosenversicherung und die Organisation des Arbeitsnachweises die Vorbedingung der Versicherung sei;
3. Auf eine Organisation, die, soweit als möglich, die Mitwirkung der Berufsvereinigungen mit sich bringt.

II. Nur ist man noch nicht im klaren über das beste dieser Versicherung zugrunde zu legende Finanzsystem. Summa die englischen Erfahrungen noch zu neu sind und in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges begonnen haben, die zu außergewöhnlich ist, als daß man sich schon jetzt über die finanziellen Rückwirkungen auslassen könnte.

Redakteur Umbreit (von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften) gab dazu die Anregung, sich außerdem für die Unterstüßung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstüßung als die vorderhand einzig mögliche und notwendige auszusprechen und Staat und Gemeinde zur Zuschußleistung an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen zu verpflichten. Diese gewiß sehr nützliche Anregung wurde aber nicht mit in die Resolution übernommen, die schließlich ohne Widerspruch angenommen wurde.

Bemerkte er noch, daß der offizielle Vertreter des deutschen reichsstaatlichen, Amts Dr. Zacher, sich in seiner Rede zugunsten der Arbeitslosenversicherung aussprach.

Die internationalen Arbeiterwanderungen.

Dieser Punkt der Tagesordnung wurde wegen der fortgeschrittenen Zeit in größter Eile erledigt. Eine Aussprache darüber fand nicht statt. Es wurde dazu eine vorgelegte Resolution angenommen, die die Wanderarbeiterfrage als einen Teil der Arbeitslosenfrage betrachtet und zur Beobachtung aller Arbeiterwanderungen, zur Pflege einer genaueren Statistik und zur internationalen Regelung der Wanderungsfrage ein Zusammenwirken mit der Internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz und dem Komitee für Sozialversicherung fordert.

Die Frage der Arbeitslosenfaktik

kam noch magerer weg. Darüber wurde nämlich gar nichts gesagt, weil leider die Zeit fehlte. Es wurde lediglich auf die Züricher Resolution darüber Bezug genommen, in der eine systematische periodische Zählung der Arbeitslosen und fortlaufende Aufzeichnungen über die Arbeitslosigkeit gefordert werden, um eine zuverlässige Arbeitslosenfaktik gewinnen zu können.

Man darf sagen, daß die Arbeit der Konferenz keine Siphonarbeit gewesen ist. Sie war befreit, aus den bisherigen Erfahrungen und Kenntnissen über die Erscheinungen der Arbeitslosigkeit und ihrer Milderung den Extrakt zur Förderung der praktischen Arbeitslosenfürsorge zu ziehen. Im allgemeinen ist ihr das gelungen.

E. B.

Gewerkschaftsrevue

Der neueste Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der in dieser Nummer zur Kenntnis unserer Kollegen gelangt, liefert den Beweis, daß die freigewerkschaftliche Bewegung im Jahre 1912 wiederum betriebligende Fortschritte gemacht hat. Darüber hinaus läßt der gesunde Kern, um den sich die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse gruppiert, die bestimmte Erwartung zu, daß es auch fernerhin vorwärts gehen wird. Zwar dürfte sich der Aufstieg zur Vollendung der dritten Million freigewerkschaftlicher Arbeiter nicht mit der bisher gewohnten Stetigkeit vollziehen, wenn auch die Zahl von zweieinhalb Millionen bereits anscheinlich überschritten worden ist. Die zu erwartende Verlangsamung im äußeren Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung hat natürliche Ursachen. Sie ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der zu beackernde Boden immer feiner wird, und daß sich der Verdrängung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse immer stärkere Hindernisse in den Weg drängen. Für die Beseitigung solcher Hindernisse aber und für die Erzielung von Erfolgen spielen der Grad der gewerkschaftlichen Durchbildung der Mitglieder, die klug abwägende

Taktik und das Gesicht der betreffenden Organisationsleitung eine weit wichtigere Rolle als die breite Truppenbasis, die starke Mitgliederzahl. Wer von dieser Erkenntnis durchdrungen ist, dem wird die Propaganda gewisser Massenstreikschwärmer nicht imponieren; noch weniger dann, wenn er bedenkt, welche tiefgreifende Wirkung unfeindlichen Gewerkschaften unter den geschicktesten Voraussetzungen selber auf die möglichst günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben in der Lage waren. In dieser Tatsache ist zugleich die beste Wirksamkeit zu erblicken für die gesunde Grundlage der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Dabei muß ganz besonders berücksichtigt werden, wie sehr die vereinigten Unternehmerorganisationen bemüht sind, den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Regulierung des Arbeitsverhältnisses zu unterbinden. Darauf ist auch die Abneigung gegen die Tarifverträge zurückzuführen und gewisse Scharfmacherorgane, die von Zeit zu Zeit namentlich in jenem Teile der Presse aufzutreten, der gute Beziehungen zur Großindustrie unterhält.

Gegenwärtig macht wieder eine Note über den „höchsten ungünstigen Rechtszustand des Tarifvertrags“ die Runde durch die bewußten Blätter. Darin wird ausgeführt:

Man kann aus der rechtlichen Natur des Tarifvertrags nicht die Folgerung ableiten, daß der diesen Vertrag abschließende Verband durch die Tatsache des Abschlusses allein eine Garantie dafür übernimmt, daß seine Mitglieder die Dienstverträge, die sie auf Grund des Tarifvertrags eingehen, auch wirklich einhalten. Grundsätzlich übernehmen bei den Tarifverträgen die vertraglich bindenden Berufsvereine oder sonstigen Verbände nicht einmal eine Garantie dafür, daß ihre Angehörigen tarifmäßige Dienstverträge schließen und noch weniger dafür, daß sie sie einhalten, vielmehr ist meist nur anzunehmen, daß sie lediglich die Verpflichtung eingehen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß ihre Angehörigen keine andern als tarifmäßige Dienstverträge schließen. Nur für die Nichterfüllung dieser Verpflichtung wollen sie eine Schadenersatzpflicht übernehmen, dagegen wollen sie eine Pflicht zur Haftung für die Einhaltung tarifmäßig abgeschlossener Dienstverträge regelmäßig nicht eingehen. Auf die Einhaltung der Tarifverträge ist also nur so lange Verlaß, wie die Leiter der Verbände ihre Mitglieder in der Hand behalten, kündigen diese ihnen die Gefolgschaft auf, dann hat der Verband eben „alle ihm zu Gebote stehenden Mittel“ erschöpft, und die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen ihn bietet die größten Schwierigkeiten. Für die Ausdehnung der Tarifverträge bietet dieser den Arbeitgebern höchst ungünstige Rechtszustand ein schweres Hindernis.

Wer über die Stellung der Großindustriellen zu den Tarifverträgen nicht genauer unterrichtet ist, könnte glauben, daß die vorstehenden ausgedrückten Bedauern über das Hindernis für die weitere Ausdehnung der Tarifverträge sehr aufrichtig gemeint. In Wirklichkeit wollen die Herren, die bei der Werftarbeiterbewegung nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, nur Gelegenheit nehmen, gegen den Abschluß von Tarifverträgen von neuem scharf zu machen. Dabei leistet ihnen noch immer das beste Argument von den Organisationsleitern, die keinen Einfluß auf die Mitglieder ausüben imstande sind, Schergendienste. Höfentlich wird den Scharfmachern nie wieder von der organisierten Arbeiterschaft Gelegenheit geboten, ihr Waffenarsenal zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Bestrebungen um so wertvolle Waffen zu bereichern.

Diese Erwartung findet in gewisser Beziehung eine Bestätigung durch die definitive Beendigung des Werftarbeiterstreiks. Nachdem die streikenden Holzarbeiter in Bremerhaven den Beschluß gefaßt hatten, gleich den übrigen Arbeitern die Arbeit wieder aufzunehmen, blieben als letzte Gruppe, die sich der Wiederaufnahme der Arbeit widersetzte, nur noch die Bremer Holzarbeiter übrig. In einer allgemeinen Versammlung der Zahlstelle Bremen am 29. August wurde die Situation für die Holzarbeiter eingehend erörtert und am Schluß an die Streikenden das Eruchen gerichtet, sofort am andern Tag in geheimer Abstimmung darüber zu entscheiden, ob unter den obwaltenden Umständen von einer Weiterführung des Kampfes die Rede sein könne. Sowohl die Ortsverwaltung wie auch der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes nahmen den Standpunkt ein, daß ebenso wie die übrigen Werftarbeiter, und insbesondere auch die Holzarbeiter in allen übrigen Werkstätten sich zur Beendigung des Kampfes bereit erklärt hätten, nunmehr auch die Bremer Mitglieder einen gleichen Beschluß fassen müßten. Die Streikenden waren aber anderer Meinung, denn wider Erwarten ergab die am andern Tage vorgenommene Abstimmung eine Mehrheit für die Weiterführung des Kampfes. Dieser Beschluß einer einzelnen Gruppe der Werftarbeiter war für die übrigen in Bremen noch außer Arbeit befindlichen vielen Tausende von Arbeitern insofern verhängnisvoll, als diese nicht zur Arbeit zurückkehren konnten, weil die Unternehmer ihren Arbeitsnachweis geschlossen hielten. Mit der Erneuerung der Werftarbeiterbewegung besaßen sich einen Antrag aus Mitgliedsreisen entsprechend auch eine am 1. September abgeschlossene Generalversammlung der Berliner Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Der Bericht des Landesverbandes wies darauf hin, daß es sich als notwendig erwiesen habe, der auf den Werken herrschenden ungesicherten Willkürherrschaft der Unternehmer ein Ziel zu setzen und den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht zu sichern. Um das zu erreichen, mußte mit dem System der polizeiarigen Streiks gebrochen und ein gewerkschaftliches System in die Bewegung der Werftarbeiter gebracht werden. Nur der regelrechte Gewerkschaftskampf ermöglichte die Durchsetzung grundsätzlicher Forderungen und beseitigte die Rechtslosigkeit, der die Arbeiter in den Werftarbetrieben ausgesetzt seien. Aus diesem

Grunde hätten die beteiligten Verbände ein Regulative für die Werftarbeiterbewegung geschaffen. Ferner wies der Referent darauf hin, daß der letzte Werftarbeiterausstand gegen den Willen aller Verbände ausgebrochen sei. Wohl hätten sich die Vorstände gefaßt, daß es ohne Kampf nicht abgehe. Aber sie wollten erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen, um dann, wenn es zum Kampfe kam, die Macht der Organisation mit um so größerer Wucht in den Dienst der Sache stellen zu können. Hervorgehoben zu werden verdient schließlich noch, daß der Redner auch die Behauptung widerlegte, die Werftarbeiter seien durch die Entlassung eines Vertrauensmanns zum Streike herausgefordert worden. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Diskussion über das befallig aufgenommene Referat auf die nächste Versammlung verschoben.

Inzwischen haben die streikenden Holzarbeiter in Bremen unter dem Drucke der übrigen Mitglieder dieser Zahlstelle ihren Widerstand gegen die Arbeitsaufnahme aufgegeben. Mit 432 gegen 45 Stimmen beschloßen sie, die Arbeit unter denselben Bedingungen wieder aufzunehmen, wie sie von den übrigen Werftarbeitern angenommen wurden. Damit war das letzte Hindernis beseitigt und bereits vom 6. September ab begannen die Arbeitsnachweise mit der weiteren Einstellung der Arbeiter. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, die nach längerer Debatte angenommene Resolution der ausständigen Bremer Holzarbeiter kennen zu lernen, in der diese noch einmal ihren Groll ausschließen über die von ihnen verlangte Aufrechterhaltung gewerkschaftlicher Disziplin. Sie lautet: „Die Holzarbeiter geben den Kampf auf und erklären sich zur Arbeitsaufnahme bereit. Nicht der Glaube an eine verlorene Sache ist es, der uns veranlaßt, diesen Schritt zu tun, sondern der nackte Bürokratismus unserer Verbände, welche jede Unterstützung zurückgezogen haben. Wir, die Streikenden, sind nach wie vor der Meinung, daß wenn die Vorstände willens gewesen wären, den Kampf aufzunehmen, wir unsre Gegner niebergerungen hätten. Nicht die Werftarbeiter haben uns besiegt, sondern unsere eignen Organisationen durch die Kurzsichtigkeit unserer Verbände. Da auch unsere Lokalverwaltung sich zurückgezogen und durch ihr Verhalten bewiesen hat, daß sie alles aufbieten wird, uns die Geldquellen zu verstopfen, so erkennen wir an, daß die Verhältnisse stärker sind als wir, und so geben wir, der Not gehorchend, den Widerstand auf. Wir geben uns noch der Hoffnung hin, daß dieses Verhalten der Vorstände sich nicht wiederholen möge und daß auch sie aus der von ihnen selbst verführten Werftarbeiterbewegung gelernt haben.“ Die hier ausgedrückte Hoffnung läßt sich sehr wohl noch dahin erweitern, daß es insbesondere den Werftarbeitern zum Bewußtsein kommen möge, wie schwer sie sich selbst und die übrige Arbeiterschaft durch ihre Disziplinlosigkeit schädigen. Ein Blick in die scharfmacherische Presse dürfte sie darüber belehren. Auf Aufschmiss angelegte Balkanmethoden haben innerhalb der Gewerkschaftsbewegung keine Berechtigung. Mit sogenannten „Sularenritten“ wurden nur Kämpfe gewonnen, „holzhige“ die Aufnahmestimmung eine in sich uneinige und deshalb schwächliche Masse war. Heute liegen die Dinge anders. Der Zusammenschluß der großen Arbeitgeberorganisationen muß jedem Gewerkschaftler die Notwendigkeit nahelegen, strenge Selbsttucht zu üben und alles zu unterlassen, was die Aktivität der Gewerkschaften behindern könnte. Die Aufrechterhaltung der selbstgewollten, auf dem Rechte der freien Meinungsäußerung beruhenden gewerkschaftlichen Disziplin setzt eine hohe Auffassung vom Wesen der Organisation voraus. Diese Disziplin schafft und sichert dem organisierten Arbeiter die größtmögliche Freiheit gegenüber dem Arbeitgeber.

Im Anschlusse hieran mögen noch einige wichtige Vorgänge aus einigen Verbänden und Berufen hier kurz registriert werden. Der Generalversammlung des Tabakarbeiterverbandes, die im vorigen Monat in Heidelberg tagte, war die schwierige Aufgabe zugefallen, in das Finanzwesen der Organisation bessere Ordnung zu bringen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß durch die vom letzten Verbandstage beschlossenen Unterstützungsätze der Leistungsfähigkeit der Verbandskasse zu große Opfer zugemutet worden waren. Namentlich in den höchsten Klassen waren die Unterstützungsätze zu hoch bemessen. So kam beispielsweise im ersten Quartale dieses Jahres auf Arbeitslosen-, Kranken- und Umzugsunterstützung bei den Mitgliedern der höchsten (sechsten) Klasse auf den Beitrag von 120 M. eine Ausgabe von 149,12 M.; auch bei den Mitgliedern der fünften Klasse mit 100 M. Beitrag erforderten diese Unterstützungen 125,59 M. pro Mitglied. Die Sanierung wurde durch Streichung der drei höchsten Beitragsklassen erreicht. Außerdem wird die Arbeitslosen-, Kranken- und Umzugsunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung in der Weise zusammengefaßt werden, daß diese Unterstützungsarten gegeneinander aufgerechnet werden. Der Beschluß, den ein Mitglied bei sechsjähriger Mitgliedschaftsdauer innerhalb 73 aufeinanderfolgenden Wochen beziehen kann, beträgt in den drei Beitragsklassen (35, 45 und 60 M.) 33,40 M., 57,60 M., und 76,80 M. Zeitkürzerer Mitgliedschaftsdauer ermäßigt sich dieser Höchstbetrag entsprechend. — Von recht unerquicklichen Verhältnissen zwischen dem Porzellanarbeiterverband und dem Fabrikarbeiterverband zeigt die Aufhebung des bisher zwischen den beiden Verbänden bestehenden Kartellvertrags. Die seit Jahren in Versammlungen, auf Verbandstagen und in Verbandsorganen des Porzellanarbeiterverbandes erfolgten Angriffe auf den Fabrikarbeiterverband waren die Veranlassung dazu. — Die projektierte Verschmelzung des Bureauangestelltenverbandes und des Kommissionsgehilfenverbandes scheint vorläufig keine Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Der Vorstand des erstgenannten Verbandes erachtet die Verschmelzung sehr nicht für zweckmäßig. Erst müßten beide Organisationen einen großen Prozentsatz ihrer Berufsangehörigen umfassen, das sei am besten in Berufsverbänden zu erreichen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

-tz. Bonn. Am 30. August tagte in Gummersbach unsere dritte diesjährige Bezirksversammlung. Nachdem der Bezirksvorsitzende sowie auch Kollege Heibredner (Gummersbach) die Kollegen herzlich begrüßt hatten, fragte der Gesangsverein „Gutenbergs“ (Bonn) die Gutenbergs-Symme von Tieleu vor und erteilte damit reichen Beifall. Vorsitzender Badus teilte darauf der Versammlung mit, daß er namens des Bezirks unsern Verbandsvorsitzenden, Kollegen Böblin, anlässlich seines 25jährigen Amtsjubiläums ein Glückwunschtelegramm gefaßt habe und sich erteilte in berehenden Worten die Verdienste Böblins um unsre Organisation und die Tarifgemeinschaft. Unter „Geschäftlichem“ brachte der Vorsitzende ein Zirkular des Gauvorsitzenden zur Kenntnis. Der Bezirksvorstand wird in den nächsten Tagen in einem Flugblatt eine Gegenüberstellung der Unterstützungsätze des Verbandes und des Gutenbergsbundes geben und sie sämtlichen Orten des Bezirks in genügender Anzahl ausgehen lassen, um den irreführenden Darstellungen des Gutenbergsbundes wirksam entgegenzutreten. Der Kassenbericht wurde genehmigt und dem Kassierer der Betrag zur Anschaffung einer möglichst diebstahlsicheren Geldkassette bewilligt. Der Vorsitzende beauftragte sodann die Anträge des Maschinenmeister- und Maschinenfabrikerevereins um Gewährung einer einmaligen Beihilfe von je 25 Mk., die die Versammlung nach kurzer Diskussion annahm. Zugleich ersuchte der Vorsitzende die Maschinenfabrik- und Druckerkollegen, soweit sie noch nicht Mitglieder ihrer Sparten sind, diesen beizutreten. Ahrweiler wurde als nächster Tagungsort gewählt. Nachdem der Gesangsverein „Gutenbergs“ (Bonn) noch einige Lieder vorgetragen hatte, erreichte die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband ihr Ende.

Burg. Der Bezirk Magdeburg der Maschinenfabrikerevereinigung Gau An der Saale hielt hier am 31. August eine Wanderversammlung ab. Von den dem Bezirk angehörenden 9 Orten mit 60 Mitgliedern waren 5 Orte mit 33 Mitgliedern vertreten. Namens des Ortsvereins Burg hieß Kollege Griegel die Erschienenen herzlich willkommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Winter des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel und hob die Verdienste des Verstorbenen um die Arbeiterklasse hervor. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Mäßen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erhielt Kollege Demuth (Magdeburg) das Wort zu seinem Referate: „Die Maschinenfabrikfrage auf der Danziger Generalversammlung“. Neben diesen Ausführungen ging der Referent noch auf einige Artikel in der „Zeitschrift“ ein, die sich mit der Maschinenfabrikfrage befaßen. Beifall wurde dem Redner für seine interessanten Mitteilungen gezollt. Es schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in deren Verlauf auch das Votum vieler Fabrikbesitzer den Maschinenfabrikern gegenüber zur Sprache kam. Es wurde offen zugegeben, daß ein solches Votumteil teilweise zu verstehen sei, und zur Beilegung desselben empfahlen, daß die Maschinenfabrik in den Ortsvereinsversammlungen nicht immer nur zu ihren Fragen sprechen sollten, sondern sich auch allgemeiner Fragen mit gleichem Interesse annehmen möchten. Nach einem Schlussworte des Referenten schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. — Nach einem gemeinsamen Mittagessen trat man einen Spaziergang nach dem schön gelegenen „Herrenkrug“ an, wo im Kollegenkreise noch manch fröhliche Stunde verlebte wurde.

Darmstadt. Bezirksmaschinenmeisterverein. — Halbjahrsbericht.) Unser Verein hat im letzten halben Jahre seinen Mitgliedern sowohl auf technischem wie organisatorischem Gebiete vieles geboten. In der Aprilversammlung wurde u. a. zwecks Besuch der graphischen Ausstellung in Leipzig eine Reisekasse gegründet, zu welcher möglichst eine Mark gekauert wird. — Die Maiversammlung nahm einen Vortrag: „Kritische Beleuchtung eingegangener Druckarbeiten“, entgegen, welcher sich für die Kollegen sehr lehrreich gestaltete. Das Rundschreiben der Zentralkommission wurde einer eingehenden Beratung unterzogen, welche das Resultat zeigte, daß der Ortsbeitrag pro 1913 bewilligt sowie der Beitrag pro 1914 an die Zentralkommission in doppelter Höhe genehmigt wurde. In der Diskussion stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß wenn die Zentralkommission etwas Erprobliches für die Allgemeinheit leisten soll, ihr auch die nötige finanzielle Unterstützung nicht verweigert werden dürfe. Weiter wurde der eingegangene Bericht unserer Gauvereinigung einer Besprechung unterzogen. Der Punkt „Amtsüberlegung des Obmanns und Verlegung des Gauvorsitzes“ löste eine lebhafte Debatte aus und die Versammlung entschied sich dafür, bei der Gauleitung dahin zu wirken, eine Maschinenfabrikantenkonferenz des Gaus Mittelrhein einzuberufen, welche die fraglichen Angelegenheiten endgültig und zu aller Zufriedenheit erledige. Dieser Antrag wurde auch faßgebend von Seiten der Gauleitung, und soll die Konferenz Ende September in Ludwigshafen stattfinden. — In der Augustversammlung war ein Vortrag eines Ingenieurs der Maschinenfabrik Frankenthal in Aussicht genommen, er mußte aber wegen Erkrankung des Referenten bis auf weiteres verschoben werden. Einem günstigen Zufalle hatten wir es zu verdanken, daß trotzdem diese Rede durch einen sehr lehrreichen organisatorischen Vortrag ausgefüllt wurde. Der Obmann der Zentralkommission, Kollege Hof (Berlin), auf der Rückreise vom Maschinenmeisterkongress in Laß begriffen, fastete uns einen Bech ab und übernahm in dankenswerter Weise ein Referat: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe, unter Berücksichtigung der letzten Tarifrevision“. Der Referent veränd

es, durch seine ausführlichen, inhaltsreichen und interessanten Ausführungen die Zuhörer zu fesseln und erntete auch reichen Beifall. Auch wollen wir hier nicht unterlassen, Kollegen auf für sein Enggegenkommen nochmals Dank abzugeben. Im letzten Vierteljahre hatten wir verschiedene Aufnahmen zu verzeichnen. In den letzten vier Monaten dieses Jahres ist den Mitgliedern wiederum Gelegenheit geboten, ihr Wissen und Können durch Besuch von Vorträgen und Kurien zu bereichern. Sollen sich zeigen die Kollegen fernerhin lebhaftes Interesse für das Gebotene. Hierin wäre die schönste Anerkennung für die Arbeit und Mühe einzelner zu erblicken.

F. Ologau. (Bezirksmaschinenmeisterklub.) In der diesjährige Bezirksversammlung tagte am 31. August in der schönen schlesischen Rebenstadt Grünberg. Am Vormittag wurde, vom herrlichen Wetter begünstigt, ein Spaziergang nach der „Grünberghöhe“ unternommen. Die schöne Aussicht über die Weinberge, Stadt und Wälder erspähte die Teilnehmer der Höhe und des Ausblicks für die verlorenen Schweifstropfen. Nach kurzer Rast ging es auf Umwegen zurück nach der Stadt und dem Versammlungsorte „Grüner Kranz“. Hier wurde gemeinsam das Mittagmahl eingenommen und gegen 2 Uhr eröffnete Vorsitzender Schubert die Versammlung. Aus dem Halbjahresbericht ist zu erwähnen, daß es an Agitation seitens des Bezirksvorstandes nicht gefehlt hat, es waren deshalb wieder schöne Erfolge zu verzeichnen. Der Mitgliederstand ist auf 30 gestiegen. Diese verteilen sich auf die Druckorte Ologau, Grünberg, Gubrau, Neufalz, Sprockau und Steinau. Von Ologau kann wieder mit Zufriedenheit konstatiert werden, daß sämtliche 17 Maschinenmeister resp. Schweizerdegen Mitglieder sind. Der Konditionswechsel war am Vororte sowie im Bezirk ein starker. Bis auf einen Punkt („Antrag der Zentralkommission auf eine Ertragsbefragungsgebung und eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge“) wurde die Tagesordnung glatt erledigt. Der Zentralkommission wurde eine Beihilfe von 10 Mk. bewilligt. Eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge wurde vorläufig abgelehnt. Der Vorsitzende des Breslauer Maschinenmeistervereins, Alfred Piesch, hielt darauf einen interessanten Vortrag über „Die Zweifelhafte Maschine mit Anlegeapparaten“ und erntete dafür reichen Beifall. Für einen schwer erkrankten Druckerkollegen in Haynau in Schlesien wurden aus der Bezirkskassa 3 Mk. bewilligt, und eine Sammlung unter den Teilnehmern brachte 6,50 Mk. ein, so daß auch wir 9,50 Mk. unsern so schwer betroffenen Kollegen übermitteln können. Als Reisekostenabfindung wurde der Betrag für die vierte Wagenklasse ausbezahlt. Mit Dankesworten an die Grünberger Kollegen für die freundliche Aufnahme und einigen ermahnenden Worten zur Einigkeit wurde der Bezirksstag mit einem Hoch auf Verband und Sparte geschlossen.

Hagen. Die dritte diesjährige Bezirksversammlung wurde am 31. August in Hagen abgehalten. Die Teilnehmerzahl betrug 116 Mitglieder aus folgenden Orten: Hagen 4, Arnsberg 22, Brilon 2, Fröndenberg 1, Hagen 53, Halpe 3, Iserlohn 8, Lüdenscheid 16, Menden 4, Neheim 2 und Pleffingen 1. Die Versammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Kollegen Wülke (Fröndenberg), Wilhelm Zimmermann (Hagen) und Karl Unverzag (Iserlohn) sowie des Arbeiterführers August Bebel in üblicher Weise. Im Hand eines vom Gauvorstand herausgegebenen Zirkulars wies der Vorsitzende unter „Geschäftlichem“ die von dem Gutenbergsbund in die Welt gesetzten fälschlichen Behauptungen, der Gutenbergsbund habe mit seinen Unterstützungs-einrichtungen den Verband überflüssig, zurück. Des weiteren verurteilte der Vorsitzende das schamlosartige Gebahren des Leiters der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Herrn Kaufmann in Hamburg. In der Diskussion hierüber wurde das arbeiterfälschliche Schreiben dieses Herrn allgemein verurteilt und zum Ausdruck gebracht, daß es auch Aufgabe der Konsumvereine sein müsse, hier entsprechend einzugreifen. Erfreulich sei es, daß einzelne Konsumvereine schon Stellung zu dieser Frage genommen hätten. Namentlich gab Kollege Lorenz einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichts Hagen, dabei einige besonders bemerkenswerte Fälle hervorhebend. Nach kurzer Diskussion über diesen Punkt wurde als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung Iserlohn bestimmt.

Bezirk Ludwigshafen a. Rh. In der am 31. August im „Brauhauskeller“ in Frankenthal abgehaltenen Bezirksversammlung gedachte der Vorsitzende den Vortritt in die Tagesordnung des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel, dessen Andenken von der Versammlung durch Erheben von den Siben geehrt wurde. Der darauffolgende Punkt der Tagesordnung: „Die tarifliche und gewerbliche Lage im Bezirk“, förderte eine rege Aussprache zutage, welche zeigte, daß auch in unserm Bezirk gegenwärtig ein schlechter Geschäftsgang herrscht und demgemäß eine größere Anzahl Konditionslose vorhanden sind als sonst. Was die tariflichen Verhältnisse betrifft, wäre zu erwähnen, daß die bekannte Firma Sommer in Grünstadt, trotzdem deren Inhaber im Frühjahr vorigen Jahres versprochen hatte, in „nächster Zeit“ der Tarifgemeinschaft beizutreten, noch immer nicht den Weg dorthin gefunden hat, trotz einer Erinnerung an sein Versprechen seitens der Gau- und Bezirksvorstände. Ein diesbezüglich an Herrn Sommer gerichteter Schreiben blieb unbeantwortet. Daß es der Tarifignorant Sommer mit seinem Versprechen, der Tarifgemeinschaft beizutreten, nicht ernst nimmt, beweist eine Postkarte vom Juli d. J., wofolst er einem Gehilfen eine „angenehme Stellung, wozu insbesondere unsere neuen Geschäftsräume beitragen“, für den horrenden Lohn von 23 Mk. anbietet; selbstverständlich dürfte er aber kein Verbandsmitglied sein. Über den nächsten Punkt: „Abrechnung für das erste Halbjahr 1913“, gab Kollege Endemann in

gewohnter ausführlicher Weise Bericht, wofür ihm Decharge erteilt wurde. Darauf wurden die zum Gantage gestellten Anträge besprochen. Daran schloß sich die Wahl von vier Delegierten. Mit einem kurzen Schlusswort schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Bezirk Birmasens. In der am 31. August in Zweibrücken stattgehabten Bezirksversammlung waren vertreten Homburg mit 5, Zweibrücken mit 18 und Birmasens mit 21 Kollegen. Die vom Kassierer gegebene Abrechnung vom ersten und zweiten Quartale wurde genehmigt. Nach Erstattung des Halbjahresberichts durch den Vorsitzenden hielt Kollege Fr. Becker (Birmasens) einen Vortrag über: „Das Unterkümmiswesen im Verband“. In leichtverständlicher Weise verstand es der Redner, an der Hand einzelner Beispiele die Kollegen mit den verschiedenen Unterstützungsweisen vertraut zu machen, und gab zum Schluß noch eine kleine Aufstellung über die Leistungen des Verbandes gegenüber dem Gutenbergsbund. Die zur Beratung stehenden Anträge zum Gantage, besonders die Einführung einer Gaukinderkassenkasse, lösten eine lebhafte Aussprache aus. Aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums als Verbandsvorsitzender wurde dem Kollegen Döblin ein Glückwunschtelegramm übermittelt.

Schweidnitz. Am 31. August hielten die beiden Maschinenmeistervereine von Waldenburg und Neudorf gemeinsam ihre Wanderversammlung hier ab. Kreisvorsitzender Herzog (Breslau) hielt einen Vortrag über: „Farben und Farbendruck“. In seinen Ausführungen gab der Referent so manches Wissenswerte für den Drucker, speziell über die Zusammenstellung der Farben, das Mischen sowie über die Behandlung der Farben beim Drucke. Verschiedene Druckfächer, auch solche aus dem Auslande, zeigten den Farbendruck auf der Rotationsmaschine hergestellt in höchster Vollendung. In der Diskussion wurden verschiedene Anfragen vom Redner beantwortet, außerdem fand eine lebhafte Aussprache über die Zurückung von Autotypen statt. Nach Besprechung einiger eingegangener technischer Neuerungen erfolgte Schluß der Versammlung.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Ferien! Die Hofbuchdruckerei Ernst Köhlin in Baden-Baden bewilligte ihrem Personal bei fünf- bis achtfähriger Karenz drei freie Tage. In Betracht kommen von 24 Kollegen 19 mit drei und vier mit zwei Tagen. Ferner gewährte in München die Buchdruckerei von Seb. Herbst jun. ihrem Personal drei freie Tage ohne jede Karenz.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer in Erfurt legten die Kollegen Johannes Frenberg, Willi Raubig und Eward Selzer aus Erfurt die Meisterprüfung ab.

Beifall für Graphik und Reklamekunst. Der Maler und Reklameschöpfer Ernst Neumann wurde ein Beifall an der Technischen Hochschule in Berlin übertragen.

Rentabilität des graphischen Gewerbes. Die „Konjunktur“ ist in der Lage, die Dividendenerträge von 57 Aktiengesellschaften des graphischen Gewerbes für die Jahre 1911 und 1912 zu prüfen und miteinander zu vergleichen. Danach wurde das Nominalkapital von 41,31 Millionen Mark im Jahre 1911 auf 40,53 Millionen Mark im Jahre 1912 verringert, während sich die Dividende von 3,18 auf 3,22 Millionen Mark oder in Prozenten des Nominalkapitals von 7,7 auf 7,9 erhöhte. Für das Jahr 1912 haben 67 Aktiengesellschaften des graphischen Gewerbes ihre Bilanzen veröffentlicht, die einen Vergleich von Gewinn und Verlust in den beiden Jahren gestatten. Die Ergebnisse waren folgende:

	Zahl der Gesellschaften	Millionen Kapital	Reingewinn - Verlust in Millionen Mark	Reingewinnüberschuss
1911	52	39,02	+ 7,15	+ 6,27
	15	5,84	- 0,88	
1912	54	42,63	+ 6,82	+ 6,29
	13	1,82	- 0,53	

Obwohl also durchschnittlich der Reingewinn im Jahre 1912 nur 6,82 Millionen Mark gegenüber 7,15 Millionen im Vorjahre betrug, ist durch die Verzinsung der Verluste im Jahre 1912 doch eine geringe Erhöhung des Reingewinns eingetreten. Und das geschah trotz des erhöhten Lohns, der erstmals für das Jahr 1912 in Betracht kommt. Zieht man nun noch in Betracht, daß nach wissenschaftlich und praktisch begründeten Erfahrungen die Aktiengesellschaften im allgemeinen eine geringere Arbeitsintensität als Privatbetriebe zu erzielen imstande sind, so läßt sich auf diesen Rentabilitätsergebnissen die Haltlosigkeit des Vorwurfs vom Rückgang der Leistungen schlagend erkennen. Denn daß trotz Rückganges des angelegten Kapitals und trotz Steigerung der Löhne eine höhere Rentabilitätsquote bei den Aktiengesellschaften erzielt wurde, läßt sich doch nur dadurch erklären, daß der Produktionsverrat nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Gift das nachgewiesenermaßen schon von der übergroßen Mehrzahl der Aktiengesellschaften, so würde es gegen alle wirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Erfahrung sprechen, wenn in den Privatbetrieben, d. h. in solchen, die sich im Besitz eines einzelnen oder einer Familie befinden, die Rentabilität durchschnittlich nicht noch günstiger oder mindestens ebenso günstig gewesen wäre.

Städtische Mittel für Ausstellungsbesuche der Arbeiter. Die Stadtverwaltung Mannheim bewilligte für 19 freigewerkschaftliche und drei christliche Bauarbeiter je 35 Mk. Zuschuß zu einer Reise nach der Bauausstellung in

Leipzig. Ein städtischer Architekt wurde den Bauarbeitern als Führer durch die Ausstellung beigegeben.

Arbeitslosenversicherung und Reichsregierung. Daß die Reichsregierung der Arbeitslosenversicherung keine Sympathie entgegenbringt, wurde vor einigen Tagen durch eine offizielle Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigt. Sie schreibt: „Einen stets wiederkehrenden Gegenstand in den öffentlichen Erörterungen bilden Vorschläge für eine Arbeitslosenversicherung; vielfach glaubt man in diesem oder jenem System ein brauchbares Mittel gefunden zu haben, um Arbeitslose vor der äußersten Not zu schützen und so lange über Wasser zu halten, bis wieder Arbeit gefunden ist. Die Versuche, die bis jetzt gemacht worden sind, haben freilich mehr oder weniger verfehlt. Gemeinden und Verbände bemühen sich um die Lösung dieser Versicherungsfrage schon jahrelang und haben ganz vorwiegend nur Mißerfolge erzielt. Die dafür verausgabten hohen Beträge wären aber vielleicht nutzbringender angewendet worden, wenn man, namentlich seitens der Gemeinden, dafür gesorgt hätte, daß in den Jahreszeiten, in denen erfahrungsgemäß sich ein fühlbarer Mangel an Arbeitsgelegenheit bemerkbar macht, den Beschäftigungslosen Arbeit geboten werde. Eine solche stets bereit kommunale Hilfe würde ganz entschieden die beste Arbeitslosenversicherung sein und könnte dann nur zur Nachachtung empfohlen werden. Die Armenlisten steigen in den städtischen und ländlichen Gemeinden Deutschlands von Jahr zu Jahr und haben besonders in vielen größeren Städten eine bedenkliche Höhe erreicht. Man will berechnet haben, daß in Deutschland alljährlich fast eine Milliarde Mark für Armenunterstützung ausgegeben werden. Wenn jedoch in Deutschland etwa 500 Quadratkilometer ein Ahdland, Moor und Heide brachliegen, die, in Nhdland umgewandelt, wohl einer Million Familien Brot geben könnten, so ist damit der Weg deutlich gewiesen, den man zu gehen hätte, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, nämlich die Urbarmachung von Inland.“ Daran kann man leider erleben, daß die Reichsregierung sehr einseitig unfertig ist. Denn wenn das Regierungskab. behauptet, daß mit der öffentlichen Arbeitslosenversicherung bisher keine guten Erfahrungen gemacht wurden, so ist es sich in Widerspruch zur Wahrheit, der nur auf irrtümliche Ignoranz oder auf böswillige Entstellung der Tatsachen zurückgeführt werden kann. Vor wenigen Tagen erst tagte in Genf die internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Eröffnungsrede hielt der Präsident des Zentr. Arbeitslosenversicherungsausschusses Louis Barles, und seine Rede gestaltete sich zu einem wahren Hymnus auf die Segnungen des von ihm geleiteten, für die ganze Welt vorbildlichen Instituts. Die englische Regierung bewertete die erfährigen Erfahrungen der von ihr neu geschaffenen Arbeitslosenversicherung durchaus günstig. In allen deutschen Kommunen, in denen die Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, besteht sie weiter, entwickelt sich, und die Sachverständigen sind voll des Lobes. In „einer“ vorläufigen Denkschrift hat eben erst die Geweinde Reichsamt unter Berufung auf nachschlüssliche Beispiele und günstige Erfahrungen die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung für Groß-Berlin angeregt. Aber das alles sieht und hört entweder die Reichsregierung nicht, oder sie darf es nicht hören und sehen, weil Junker, Scharfmacher und Zentrum für sie immer maßgebender geworden sind.

Arbeiter in öffentlichen Ämtern in England. Nach einer amtlichen Zusammenstellung sind in den letzten sechs Jahren zahlreiche Gewerkschafter und Führer der englischen Arbeiterbewegung in den Staatsdienst getreten. So wurden z. B. für die Einrichtungen des Handelsamts 117, für die staatliche Arbeiterversicherung 124, für das Ministerium des Innern und für andre Verwaltungszweige 85 Mitglieder der Arbeiterbewegung gewählt; ganz abgesehen von zahlreichen andern, die für weniger wichtige Stellen gewählt wurden.

Ein „nationales Arbeiterkartell“. Vor kurzem kam es in Leipzig gelegentlich einer Tagung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes zu einer Kartellierung der reaktionären wirtschaftspolitischen Organisationen im Deutschen Reich, und zwar zwischen dem schon genannten Mittelstandsverbande, dem Zentralverbande deutscher Industrieller und dem Bunde der Landwirte. Der Zweck dieser Verbindung soll Bekämpfung der Auswüchse in unserm Wirtschaftsleben, Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben, Schutz der nationalen Arbeit (Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen, Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie der sozialistischen Irrlehren) sein. Unter Auswüchsen des Wirtschaftslebens verstehen diese Herren selbstverständlich nicht die unsinnige Abperrung der Grenzen durch die preissteigernde Zollpolitik, sondern alle Bestrebungen, die sich dagegen richten. Und die Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben ist so zu verstehen, daß jeder weitere Ausbau des Arbeiterrechts verhindert und jede Bestrebung der Arbeiterchaft nach Erringung menschlicher Gleichberechtigung unterdrückt werden soll. Der „Schutz der nationalen Arbeit“ gilt nur für die „Arbeit“ der Unternehmer, wofür angemessene Preise gesichert werden sollen, das gleiche Verlangen der Arbeiter soll aber durch „Schutz der Arbeitswilligen“ zurückgewiesen werden. Von diesen Gesichtspunkten aus sollen daher auch die Sozialdemokratie und die sozialistischen Irrlehren bekämpft werden, weil diese so verwegend sind, alle auf wirtschaftliche und kulturelle Sebung der Arbeiterchaft gerichteten Bestrebungen zu vereiteln und so fördern. Es hat sich also hier kein Kartell der Arbeit, sondern ein neues Kartell gegen die Arbeiterchaft gebildet. Da aber die für dieses reaktionäre Kartell in Frage kommenden Verbände im übrigen sich selbst im Wirtschaftsleben gegenseitig bekämpfen und z. B. die Zollwünsche des Bundes der Landwirte jenen des Zentralver-

bandes der Industriellen direkt entgegengesetzt sind und der Mittelstand in Wirklichkeit sowohl vom Zentralverband der Industriellen wie vom Bunde der Landwirte nach allen Regeln der Kunst ständig über die Ohren gehauen wird, so braucht man dieser reaktionären und unnatürlichen Fusion keine große Bedeutung beizulegen. Es ist ein dreieckiges Verhältnis, das nur als deutliches Zeichen prinzipieller und kultureller Dehazenz in jenen Kreisen zu bewerten ist.

Maßregelungen bei der Verdingungs-Gesellschaft „Deutschland“. Die Direktion dieser Gesellschaft verlangte vor einigen Tagen von ihren in der Registratur beschäftigten Angestellten, daß sie die durch Kündigung und Krankheit einiger Angestellten entstandenen Arbeitsrückstände in Überstunden ausarbeiten sollten. Die Arbeitszeit sollte um zwei Stunden täglich verlängert werden. Während solche Arbeiter von der Gesellschaft sonst bezahlt wird, sollte diesmal die Arbeit ohne Entschädigung geleistet werden. Die Angestellten verweigerten deshalb die Leistung der Überarbeit. Die Folge war, daß ein Teil von ihnen von der Leistung der Überstunden befreit wurde, während vier Angestellte am 6. September entlassen wurden. Der Direktor Mertens erklärte den Angestellten, daß sie länger zu arbeiten hätten, wenn er die Dienststunden, die regulär von 8 bis 4 Uhr dauern, verlängere, und sei es selbst bis 8 Uhr und noch länger. Der Anordnung der Direktion haben sich nur vier der Angestellten und ein Lehrling gefügt, während sonst regelmäßig 23 Angestellte in der Registraturabteilung beschäftigt sind. Die Direktion sucht nun nach Arbeitskräften; es findet sich jedoch niemand, was bei der von der Direktion gebotenen Entlohnung von 75 bis 90 Mk. monatlich auch kein Wunder ist. Die entlassenen Angestellten sind Mitglieder des Verbandes der Bureauangestellten. Dieser fordert deshalb alle Angestellten auf, Solidarität zu üben und alle Angebote der Direktion der „Deutschland“ zurückzuweisen.

Bonhoff und Schadenerfab. Wir berichteten in Nr. 99, daß drei Mälzereiarbeiter vom Erfurter Landgerichte zu 1100 Mk. Schadenerfab an einen Streikbrecher verurteilt worden waren, dessen Entlassung sie nach Beilegung des Streiks gefordert und durchgeführt hatten. Hier das Gegenstück aus Unternehmerkreisen: In der Brauerei Breitreich in Stolp wurde ein Brauer mit folgenden Worten entlassen: „Ich kann Ihnen in Ihrer Arbeit nichts nachlagen; Sie sind fleißig und nüchtern gewesen, aber Sie gehören einem sozialdemokratischen Verbands, ja sogar dem Vorstand an und Sie waren auch der größte Hebel bei der Streikbewegung.“ Der Entlassene fröstelte sich mit der Hoffnung, daß man auch in andern Stolper Brauereien sein Brot verdienen könne. Er wurde aber nirgends eingestuft, weil die Stolper Brauereibesitzer unter Hinterlegung von 300 bis 1000 Mk. beim Syndikus der Stolper Handelskammer sich verpflichtet haben, vor Ablauf eines Jahres keinen Mann von einer andern Stolper Brauerei einzustellen. Ein anderer junger von Breitreich entlassener Brauer wurde in einer andern Brauerei nicht eingestellt unter Hinweis darauf, daß man sonst Strafe zahlen müßte; obwohl in diesem Betriebe zwei Brauer notwendig gebraucht wurden. Der junge Mann durfte dann bei Breitreich weiterarbeiten unter der Bedingung, daß er aus dem Verband austrete. Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband wird dem Entlassenen durch Schadenerfablage

die Möglichkeit zu der Feststellung geben, ob in Stolp von Rechts wegen die Brauereibesitzer mit derselben Elle gemessen werden, mit der vom Landgericht Erfurt drei Mälzereiarbeiter gemessen wurden.

Breslauer Zutiff! Mit den gewiß maßvollen Worten: „Kollege, du bist noch jung, dir steht die Welt noch offen, du kannst doch wo anders arbeiten und brauchst nicht den Streikbrecher zu machen!“ sollte in Breslau ein Tischler einen Kollegen beleidigt haben. Und wie bei solchen Fällen in Breslau üblich, wurde aus dieser Sache eine Staatsaktion gemacht und im öffentlichen Interesse Anklage auf Kosten der Allgemeinheit erhoben. Dabei hatte der in Frage kommende Streik nur den Zweck, bei einem einzelnen Unternehmer einen Tarif zur Anerkennung zu bringen, der von der Breslauer Tischlerinnung schon längst anerkannt war. Trotzdem kam aber das Gericht zu einer Verurteilung. Es nahm „veruchte Mäßigung“ an und erkannte für die harmlose Bemerkung auf 60 Mk. Geldstrafe.

Verschiedene Eingänge.

„Typographische Mitteilungen.“ Offizielles Organ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Septemberheft. Zehnter Jahrgang. Herausgegeben vom Verbands der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Der Abonnementspreis beträgt nur 60 Pf. für das Quartal, bei Bezug durch die Post; für Lehrlinge nur 30 Pf., jedoch nur an Orten, an welchen Typographische Vereine bestehen, die dem Verb. und der Deutschen Typographischen Gesellschaften angegeschlossen sind. Direkter Bezug 1 Mk. für das Quartal. Probenummern verlangen man gegen Einzahlung von 10 Pf. für Porto von der Verbandsstelle in Leipzig-Stötteritz, Arnoldstraße 20. In Orten, wo Typographische Gesellschaften bestehen, sind deren Vorstände gern zur Vermittlung von Bestellungen bereit.

„Für Alle Welt.“ illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XIX. Jahrgang, Heft 28. Preis 40 Pf.

Gestorben.

In Breslau am 3. September der Drucker Karl Pahlke von dort, 44 Jahre alt — Schlaganfall.
In Danzig am 4. September der Buchdrucker Alexander Dudalski, 32 Jahre alt — Tod durch Ertrinken.
In Glauchau am 27. August der Buchdruckermeister Hans Gardt, 55 Jahre alt.
In Halle a. S. am 24. August der Buchdruckermeister Karl Colbathy von dort, 65 Jahre alt — Schlaganfall.
In Koblenz am 30. August der Drucker Karl Klump aus Mannheim, 39 Jahre alt.
In Leipzig am 29. August der Seher Dshar Wernicke aus Freitoda, Jahre 56 alt — Kehlnopfperforation; am 28. August der Seher Artur Jahn aus Schmölln, 23 Jahre alt — Nierenleiden; am 7. September der Seher Walter Gattler von dort, 41 Jahre alt — Nierenleiden; an demselben Tage der Seherin Adelaide Friedrich Paasch aus Prenzlau, 48 Jahre alt — Lungentuberkulose.
In Mitau starb der Seher Philipp Müller, 43 Jahre alt.
In Stralsund am 5. September der Seher Charles Guth, 54 Jahre alt — Herzschlag.

Briefkasten.

— z — in St.: Die Adresse der Redaktion ist immer noch Calomnistrasse 8 in Leipzig. Durch Ihre Verlegung nach Inselstraße 8 ist der Bericht erst dort hin, dann in die in einem völlig entgegengesetzten Stadteile gelegene Wohnung des adressierten Redaktionskollegen gewandert, von wo er schließlich, aber mit zwei Tagen Verspätung, in dem richtigen Saßen landete. — S. S. in S.: 1. Ja, bitten um Rücksendung. 2. Da wundern sich Kaufmann und Genossen noch über die ausbrechende Entrüstung — in der Tat verwunderlich. — Glückspilg: In nächster oder übernächster Nummer der „Eisenbahn“ wegen mit einer andern hübschen Sache zusammen. — E. G. in S.: Ihr Anspruch ist berechtigt, lassen Sie sich nicht ohne weiteres abweisen. — K. A. in Burgstädt: Besten Dank für Aufmerksamkeit. Artikel ist für uns sehr interessant. — F. G.: 1. Von älteren Gehilfen kann die Meisterprüfung in direktem Anschluß an die Gehilfenprüfung abgelegt werden. 2. Dafür ist Ihr Gehilfenreferat zuständig. — S. E. M. in Schweinmünde: Eine Besprechung solcher Bücher würde zu weit führen. Gruß!

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Kaiserslautern. (Saufgabsbelegierlenwahl.) Es wurden gewählt die Kollegen: Rudolf May, Hermann Geering, Jakob Leonhardt; als Ersatzmann Georg Dahl.

Adressenveränderungen.

Seide (Kösl.). Die Adresse des Reisekassenerwalters Franz Bach lautet vom 22. September ab: Seichstr. 24 I.
Försin. Vorländer: Hermann Bester, Ritterstr. 30; Kaffierer: Albert Gallas, Marienstraße 6, Gartenhaus.
Steffin. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Richard Streuer, Saunierstraße 13.

Veranstaltungskalender.

Alpolda. Veranstaltung heute Sonnabend, den 13. September abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Borswärt“. **Barmen.** Veranstaltung heute Sonnabend, den 13. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Paradenstraße. **Breslau.** Schriftgießer-, Stereotyp- und Galvano-plastikerverammlung Dienstag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Zimpe“, Kleine Wrochensgasse 10/11. **Seide (Kösl.).** Versammlung heute Sonnabend, den 13. September, abends 9 Uhr, im Vereinslokal „Zur Krone“ (Tob. Klein), Silberstraße. **Köln.** Schriftsetzer- und Sammler Versammlung Sonntag, den 14. September, vormittags pünktlich 10 Uhr, in der „Klosterbrauerei“, Ursulastraße 11. **Wannberg a. S.** Versammlung Mittwoch, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“. **Stuttgart.** Korrespondenzversammlung (Gau Württemberg) heute Sonnabend, den 13. September, abends 8 Uhr, bei Reuter, Moosackerstraße. — Maschinemeisterjahresversammlung (Gau Württemberg) Sonntag, den 14. September, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im grünen Saale des „Gewerkschaftshaus“. **Wismar.** Versammlung heute Sonnabend, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Wallhalle“.

Erster Akzidenzgießer

mit längerer Praxis in größeren Firmen, der selbständig Entwürfe ausführen kann, mit zeichnerischem Talent, findet dauernde Stellung. Offerten unter Beifügung selbstgefertigter Muster mit Angabe des Gehaltsanspruches an
[352]
Karl Thejers Druckerei, Mainz.

Für Windsbraut!

Tüchtiger, selbständiger Maschinenmeister, im feinsten Illustrations- und Kalendardruck erfahren sowie mit Universalanlagenepparat vertraut, sucht dauernde Stellung. Werte Angebote unter L. G. 383 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Berichtbare Werkzeugkasten
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollage Max Bögel, Leipzig-Stötteritz, Papiermühlstraße 5 II. Preisliste gratis. [378]

Gebrauchte Siegeldruckpresse (Rahmen-) sowie Siegelmaschine 49 cm Schnittl., Zylinderpresse i. R. 25:36 cm mit Untergestell, ein Jahr im Betriebe gewesen, preiswert, auch einzeln zu verk. Wilhelm Melcher, Berlin SW 48, Friedrichstr. 16.

Korrektor und Revisor
für größere Buchdrucker Sachsen gesucht. Angebote mit Angaben über bisherige Tätigkeit und Gehaltsanspruch unter Nr. 379 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister
in Illustrations- und Farbendruck bewandert, in dauernde Position gesucht. Es wird nur auf eine tüchtige, selbständig arbeitende Kraft reflektiert, die den Obermaschinenmeister unterstützt und eventuell vertreten kann. Offerten mit Gehaltsanspruch und Zeugnisabschriften unter „Farbendrucker 382“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

In Satz und Druck gut bewandert [380]
Schweizerdegen
(Meister) für kleine Akzidenzdruckerei per 29. September in Dauerstellung gesucht.
Robert Kerker, Memmingen (Bayern).

Erfahrener, selbständig arbeitender

Stereotypen

(Blachstereotypie und Plattenkorrekturen) von einer nordwestdeutschen Verlagsdruckerei per 27. September gesucht. Lohn je nach Leistung etwa 38 Mk. Offerten mit Zeugnisabschriften unter „Lebensstellung 381“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schriftgießer

gesucht für Kisternmannsche Kompletzmaschine.
F. John Söhne, Schriftgießerei, Hamburg 15.

Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe v. F. B. Dindl, Mitglied der Meisterprüfungs-Kommission in München 2 SO. 3. erw. Auflage, 320 Mk., v. Nachh., 3.10 Mk. bei Borchert, auf Postfachkonto 910. Unentbehrliches Handbuch für jeden strebsamen Buchdrucker. [284]

Technikum für Buchdrucker

Beste technische, kunstgewerbliche und sachkaufmännische Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Vorträge, Besuche von Museen und Fabriken. Unterricht im Zeitungslesen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tägliche Besuche von, durch die Geschäftsstelle: Leipzig-St., Senefelderstraße 13-17

Zeitenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf. E. Fröh, Frankfurt am Main 3.

Kollegen lernt Gabelsberger Stenographie!!!

Der Buchdruckerstenographenverein „Gabelsberger“, Leipzig
verantwortet im kommenden Winterhalbjahr in seinem Vereinslokale „Café Bienenkorb“, Dresdner Straße 8, folgende Kurse:

Montag, den 22. September: Beginn eines Anfängerkurses.
Donnerstag, den 25. September: Beginn eines Fortgeschrittenkurses mit besonderen Schreibübungen und eines Redigierkurses in Verbindung mit schnellschriftlichen Übungen. Anfang 8 1/2 Uhr abends. — Honorar für Anfänger 4,20 Mk. einchl. Lehrmittel; für Fortgeschrittenen und Redigier frei.
Alle vorwärtsstrebenden Kollegen laden wir zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen freundlichst ein und bitten gleichzeitig alle schrifttätigen Buchdrucker, sich unserm Verein anzuschließen.

Nieder- und Rezitationsabende:
Margarete Walkotte
Zu Gastspielen erbittet baldige Anmeldungen. 17 verschiedene Programme, welche alle frei aus dem Gedächtnisse zu Gehör gebracht werden. Prospekte gratis. Glänzende Zeugnisse. [308]
Berlin-Steglich, Friedrichstr. 10. Tel. Amt Steglich 3684.

Deutsches Buchdruckerliederbuch

Herausgegeben von **Willy Strahl**
bietet die größte und gediegene Auswahl von Liedern und Gesängen auf Gutenberg, die schwarze Kunst, den Verband sowie aus dem kollegialen Leben in all seinen Variationen. 65 höchstregal begabte Kollegen sind mit Beiträgen vertreten. — Im Anhang: Verzeichnis der Gestaltur der Buchdrucker mit Verlags-u. Preisangaben. — Preis 1,25 Mk., im Buch 1,75 Mk. — Zu beziehen durch die örtlichen Vereinskassen oder direkt vom Verlage **Kadell & Sille**, Leipzig, Calomnistr. 3.
Nachdruck nur mit Quellenangabe!

Im die Adresse **Kurt Braun** des Druckers (Hauptstr. Nr. 83 987), geb. in Magdeburg 1893, wird dringend gebet. Porto wird verg. **Math. Jilinski**, Buchdrucker, Saarbrücken 3, Oberförststraße 9, bei Hoffmann. [385]

Der Maschinenmeister [384]
Eduard Wehdanner
aus Straubing (zurzeit auf der Reise) wird gesucht, zwecks Kondition in Stellung bei dem Interessierten zu melden. S. Pagan, Freising.

Wahl Stenographiekenners (Gabelsberger) wird erbeten. Briefe schicken u. leicht im Auftrage der Vereinigung stenographisch gebildeter Buchdrucker in Deutschland: A. Kuch, Kamm 1. Wehl. [304]

Reklamemarken

(Siegelmarken). 100 Stück verschiedene, versendet für 1,50 Mk. franko St. Siegel, München, Holzstr. 7.

Noch einmal zwingt das Schicksal mich ins alte Joch!
Zum September ab bewirthe ich aus bekannten Veranlassungen wieder selbst mein altes Restaurant und Gasthaus
„Stadt Hannover“

in Leipzig, Seeburgstraße 25/27
Ich werde mir Mühe geben, nach meinem alten Prinzip, solid und preiswert, mit bürgerlicher Küche, besonders Mittagsstisch zu 50 Pf., sowie mit gutem Strohhalm meine meist besprochenen alten Bekannten sowie Gesellschaften und Vereine zu bedienen und bitte um werten Zuspruch. [386]
Sachachtungsvoll
Der alte Wilhelm Spiel.

Der Gesamtauflage der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma **Zangenheimsche Verlagsbuchhandlung** in Schöneberg bei Berlin bei, worauf wir unsere Leser noch besonders aufmerksam machen.